

# 1 Linkes Programm für Neukölln

---

2 Inhaltsverzeichnis

3  
4

5

6	<b>Präambel</b>	<b>4</b>
7	<b>Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten</b>	<b>6</b>
8	Keine Rendite mit der Miete	6
9	Mieter*innen unterstützen	7
10	Nachhaltige und soziale Liegenschaftspolitik	9
11	Wohnortnahe Versorgung statt Deals mit Investor*innen	9
12	Öffentliche und nichtkommerzielle Räume schützen	9
13	Umverteilung und Neubau von Wohnraum	10
14	DIE LINKE. Neukölln fordert:	11
15	<b>Mobilität, Umweltschutz und Klimagerechtigkeit</b>	<b>12</b>
16	Soziale und ökologische Verkehrswende jetzt	12
17	Vorrang für ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen	12
18	Eine S-Bahn für alle	13
19	Ein Verkehrsplan für Neukölln	13
20	Pflege und Ausbau der Grünflächen	14
21	Ökologische Energieversorgung	14
22	DIE LINKE. Neukölln fordert:	15
23	<b>Gute Finanzierung für öffentliche Aufgaben</b>	<b>16</b>
24	Genug Geld für Neukölln	16
25	Gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben	16
26	Bürger*innennahe Verwaltung und Digitalisierung	17
27	DIE LINKE. Neukölln fordert:	17
28	<b>Gute Arbeit und Kampf gegen Armut</b>	<b>18</b>
29	Gute Arbeit und guter Lohn	18

30	Langzeiterwerbslosigkeit bekämpfen	19
31	Kampf gegen Hartz-IV - „Neukölln sanktionsfrei“	19
32	Soziale Benachteiligung abfedern	20
33	Kampf gegen Obdachlosigkeit	20
34	DIE LINKE. Neukölln fordert:	21
35	<b>Gesundheitspolitik</b>	<b>22</b>
36	Gesundheitsversorgung im Bezirk sicherstellen	22
37	Investitionen in das landeseigene Vivantes-Klinikum	23
38	Drogenpolitik: Beratung und Konsumräume ausbauen	23
39	DIE LINKE. Neukölln fordert	23
40	<b>Politische Teilhabe und direkte Demokratie</b>	<b>25</b>
41	Bürger*innenbeteiligung stärken, Verwaltung demokratisieren	26
42	DIE LINKE. Neukölln fordert:	26
43	<b>Bildung</b>	<b>27</b>
44	Gemeinschaftsschulen ausbauen und zu Kiezzentren weiterentwickeln	27
45	Inklusion und neue Lehrformen stärken	27
46	Schulneubau und Sanierung	28
47	Schule ohne Rassismus und Bundeswehrwerbung	29
48	Kitaplatzausbau	29
49	Rekommunalisierung der Schulreinigung	29
50	DIE LINKE. Neukölln fordert:	29
51	<b>Kultur</b>	<b>30</b>
52	Ausbau der Kulturangebote	30
53	Kulturelle Freiräume schützen	30
54	Soziale und kultursensible Kulturförderung	31
55	DIE LINKE. Neukölln fordert:	31
56	<b>Gleichstellung von Frauen</b>	<b>32</b>
57	Die Frauenquote ist ein Anfang	32
58	Kampf gegen frauenfeindliche und antifeministische Ideologien	33

59	Vielfalt stärken: Queeres Neukölln.	33
60	Geschlechtergerechte und ermächtigende Jugendarbeit	33
61	Schutz vor sexualisierter Gewalt	34
62	DIE LINKE. Neukölln fordert:	34
63	<b>Solidarisches Zusammenleben – Kampf gegen rechts</b>	<b>35</b>
64	Rechte Strukturen zerschlagen, Neukölln-Komplex aufklären	35
65	Intersektionale Diskriminierung beenden: Kopftuchverbot abschaffen	36
66	Vielfalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens	37
67	Rassistische Clandebatte und Razzien in migrantischem Gewerbe – Schluss	38
68	mit Racial Profiling	38
69	Koloniale Vergangenheit aufarbeiten	39
70	DIE LINKE. Neukölln fordert:	39
71	<b>Für die Rechte von Schutz suchenden Menschen</b>	<b>40</b>
72	#leavenoonebehind – Neukölln hat Platz	40
73	Spracherwerb und gesellschaftliche Teilhabe	40
74	DIE LINKE. Neukölln fordert:	41
75	<b>Ausblick</b>	<b>462</b>
76		

## 77 **Präambel**

78

79 DIE LINKE. Neukölln hat das Ziel, dass alle Menschen in Neukölln ein gutes, glückliches und  
80 erfülltes Leben führen können. Gleich welcher Herkunft, Nationalität, Religion, sexueller  
81 Orientierung oder Hautfarbe.

82 Dieser Vorstellung von einem guten Leben steht ein Wirtschaftssystem entgegen, das die große  
83 Mehrheit der Bevölkerung benachteiligt. Denn im Kapitalismus herrscht eine Minderheit über die  
84 Mehrheit, sind Mensch und Umwelt der Profitmaximierung untergeordnet. DIE LINKE will dieses  
85 Wirtschaftssystem überwinden und eine Welt errichten, in der alle Menschen frei, gleichberechtigt  
86 und selbstbestimmt leben können. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut  
87 aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre  
88 Verhältnisse demokratisch gestalten können.

89 In Neukölln zeigen sich die Auswirkungen des Kapitalismus besonders drastisch: Obwohl  
90 Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, muss in unserem Bezirk ein Viertel der  
91 Menschen von Hartz IV oder Grundsicherung leben und jedes zweite Kind in Armut aufwachsen.  
92 Nirgendwo in Berlin sind die Mieten in den letzten zehn Jahren so stark gestiegen. Viele mussten  
93 ihren Kiez oder den Bezirk verlassen, finden keine passende Wohnung oder sind von  
94 Wohnungslosigkeit bedroht. Durch die Corona-Pandemie sind viele in noch größere  
95 Schwierigkeiten geraten. Immobilienkonzerne und Spekulant\*innen machen ihre Profite auf Kosten  
96 der Mieter\*innen und der Vielfalt des Bezirks.

97 Der österreichische Milliardär Benko ist hierfür ein prominentes Beispiel: Er will Karstadt am  
98 Hermannplatz abreißen und dort einen monumentalen Protzbau errichten. Steigende Mieten und  
99 die Verdrängung von Mieter\*innen und kleinem Gewerbe werden die Folge sein. Wir wollen, dass  
100 die Mieten bezahlbar werden, dass Neukölln bunt bleibt, dass Kitaplätze, Geschäfte und  
101 Arztpraxen in der Nähe des Wohnorts erreichbar sind. Damit sind wir nicht alleine. Überall bilden  
102 sich Mieter\*inneninitiativen und stadtpolitische Bewegungen, die Kampagne Deutsche Wohnen &  
103 Co enteignen will große Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand holen. Der Mietendeckel ist  
104 ein großer Erfolg dieser Bewegung und muss verteidigt werden. DIE LINKE steht an der Seite der  
105 Mietenbewegung.

106 „Verdrängung und Konkurrenzkampf zeigen sich auch in der Schullandschaft. Die  
107 Bildungschancen sind in unserem Bezirk viel zu ungleich verteilt. Die LINKE. Neukölln setzt sich  
108 für Chancengleichheit und ein gut ausgestattetes Bildungssystem ein, in dem Schule als  
109 ganzheitliches System verstanden wird, das auf die tatsächlichen Bedürfnisse von Schüler\*innen  
110 und Lehrenden ausgerichtet ist.“

111 Der Kapitalismus bedroht durch die Ausbeutung der Natur auch die Bewohnbarkeit unseres  
112 Planeten. DIE LINKE. Neukölln streitet für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und  
113 will ihn vor Ort vorantreiben. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und mehr  
114 Platz für Fahrrad und Fußgänger\*innen schaffen. Das Tempelhofer Feld soll als Kaltluftschneise  
115 und Erholungsgebiet erhalten bleiben.

116 Wir wissen: Um ein gutes Leben für die Menschen in Neukölln zu erreichen, müssen wir uns  
117 organisieren und uns mit den Mächtigen anlegen. DIE LINKE. Neukölln macht den Unterschied.  
118 Wir streiten dafür, dass die Bezirke mehr finanzielle Mittel erhalten und die  
119 Bezirksverordnetenversammlung und die Neuköllner\*innen mehr zu entscheiden haben. Wir  
120 machen Druck mit den und für die Menschen in Neukölln. Auf der Straße, in Initiativen und im  
121 Parlament. Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen.

122 Rund die Hälfte der Neuköllner\*innen hat eine Migrationsgeschichte. Viele erleben täglich  
123 Rassismus. Wir stellen uns gegen Rassismus und Versuche, die Gesellschaft zu spalten. Wir  
124 setzen uns dafür ein, dass niemand aufgrund der Herkunft oder des Nachnamens bei der Arbeits-  
125 oder Wohnungssuche benachteiligt wird. Racial Profiling und die stigmatisierenden  
126 Polizeikontrollen von migrantischen Cafés und Geschäften lehnen wir ab. Und wir wollen, dass alle  
127 mitentscheiden dürfen: Das Wahlrecht für alle, die hier leben, ist längst überfällig.

128 Wir laden alle dazu ein, unsere Vorschläge durchzulesen. Prüfen Sie unsere Ideen anhand Ihrer  
129 Erfahrungen. Mischen Sie sich ein im Bezirk. DIE LINKE. Neukölln lädt ein zum Mitmachen.

## 130 **Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten**

131

132 In ganz Berlin sind die Mieten stark gestiegen. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen  
133 müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben oder werden  
134 verdrängt. Verantwortlich sind Immobilienkonzerne und Investor\*innen, für die Wohnungen eine  
135 rentable Anlagemöglichkeit sind, vor allem in Krisenzeiten („Betongold“).

136 Dies betrifft besonders Neukölln, wo in den letzten Jahren der Bodenpreis in

137 Mehrfamilienhausgebieten (2017-2020) um hundert Prozent und die durchschnittlichen Preise für

138 Eigentumswohnungen (2016-2019) um rund siebzig Prozent gestiegen sind. In Neukölln werden

139 zudem besonders viele Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt. Dadurch wird ihr Handel als

140 Finanzanlage sowie die Entmietung wegen Eigenbedarfs erleichtert und der solidarische

141 Zusammenschluss von Mieter\*innen verhindert. Die Räumung kultureller Treffpunkte wie des

142 Kiezladens Friedel 54 und der Kollektivkneipe Syndikat sind eine weitere Folge dieser Entwicklung.

143 Die Einrichtung von Milieuschutzgebieten und die Einführung des Mietendeckels sind erste

144 Schritte, um der Spekulation mit Wohnraum Einhalt zu gebieten. Doch sie reichen nicht aus.

145 Deshalb unterstützt DIE LINKE das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und

146 fordert die Vergesellschaftung großer, profitorientierter Wohnungsunternehmen.

147 DIE LINKE. Neukölln kämpft für eine Stadt, die alle Menschen gleichberechtigt bewohnen und

148 nutzen können. Stadtentwicklung in Neukölln muss die Bewohner\*innen des Bezirks vor

149 Verdrängung schützen und dafür sorgen, dass auch in Zukunft Menschen mit geringen finanziellen

150 Mitteln oder aus marginalisierten Gruppen nach Neukölln kommen können. Sie soll allen die

151 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und eine umfassende Versorgung mit

152 wohnortnaher Infrastruktur sichern. DIE LINKE setzt sich für eine Stadtentwicklung ein, die vor Ort

153 mit Bewohner\*innen und Nutzer\*innen der Stadt gestaltet wird. Schon engagieren sich viele von

154 ihnen für ihren Bezirk und gegen die profitorientierte Fehlentwicklung der Stadt. DIE

155 LINKE. Neukölln kämpft an der Seite von Initiativen und Bewegungen für einen radikalen

156 Kurswechsel in der Politik hin zu einer gemeinwohlorientierten Stadt- und Wohnungspolitik.

157 Zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt fordert DIE LINKE eine nachhaltige

158 Stadtentwicklung. Das bedeutet, dass bei allen baulichen Veränderungen und Vorhaben soziale

159 und ökologische Ziele im Mittelpunkt stehen müssen.

## 160 **Keine Rendite mit der Miete**

161 In ganz Neukölln fehlen bezahlbare Wohnungen. Die Belastung der Neuköllner\*innen durch

162 Mietkosten ist gemessen am Einkommen die höchste Berlins. Dies liegt vor allem daran, dass die

163 Mieten hoch, die Nettoeinkommen im Durchschnitt aber die niedrigsten im Vergleich der Berliner

164 Bezirke sind. Gerade für Menschen mit geringen Einkommen sowie Familien mit Kindern stellen

165 hohe Wohnkosten eine starke finanzielle Einschränkung dar und führen häufig zur Verdrängung in

166 Richtung Stadtrand oder gar in die Wohnungslosigkeit. Gleichzeitig ziehen viele Menschen gerade  
167 von außerhalb Berlins nach Neukölln.

168 Investor\*innen nutzen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, um die Mieten in die Höhe zu  
169 treiben. Für sie sind Wohnimmobilien eine sichere Kapitalanlage. Wohnungsmodernisierung und  
170 energetische Modernisierung werden gezielt als Mietentreiber eingesetzt. Selbst ohne  
171 Mieter\*innen können die Immobilien finanziell verwertet werden: Leerstehende Wohngebäude  
172 werden als reine Spekulationsobjekte gehandelt.

173 Durch den Verkauf landeseigener Wohnungsbaugesellschaften ist seit den 1990er Jahren der  
174 Bestand an Wohnungen in öffentlicher Hand stark zurückgegangen. Auch unter Rot-Rot von 2001  
175 bis 2011 wurden über 100.000 Wohnungen privatisiert, darunter die Wohnungsbaugesellschaft  
176 GSW. Dies hat zu den heutigen hohen Mieten und der Verdrängung aus den Innenstadtbezirken  
177 beigetragen. Heute sieht DIE LINKE den Verkauf zu Recht als einen Fehler an und hat ihre Lehren  
178 daraus gezogen. Der Ankauf und Bau neuer Wohnungen in den letzten Jahren kann die Verluste  
179 bisher nicht ausgleichen. Zusätzlich ist der Anteil der belegungs- und mietpreisgebundenen  
180 Wohnungen in den letzten Jahren durch das Auslaufen der Sozialbindungen rapide  
181 zurückgegangen. Er betrug 2018 nicht einmal mehr zwölf Prozent des Neuköllner  
182 Wohnungsbestandes – während knapp neunzig Prozent der Neuköllner\*innen Anspruch auf eine  
183 mietpreis- oder belegungsgebundene Wohnung gehabt hätten. Diese Entwicklung betrifft  
184 insbesondere die Gropiusstadt.

185 Die Corona-Pandemie hat die finanzielle Notsituation vieler Haushalte noch verschärft und führt  
186 damit auch zu einer verstärkten Gefahr, die Wohnung zu verlieren, zumal die wegen Corona  
187 gestundete Miete irgendwann einmal nachgezahlt werden muss.

188 DIE LINKE. Neukölln fordert eine radikal andere Wohnungspolitik. Wir fordern Wohnungen für alle,  
189 die sie brauchen. Wohnen ist ein Menschenrecht – wir können uns kaum entscheiden, nicht zu  
190 wohnen. Darum darf Wohnen nicht durch einen Markt bedient werden, der diese Notlage schamlos  
191 ausnutzt.

192 DIE LINKE. Neukölln streitet für mehr Wohnungen in kommunaler Hand. Private  
193 Immobilienkonzerne, die Wohnungen mit der Absicht der Gewinnmaximierung bewirtschaften,  
194 sollen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. DIE  
195 LINKE. Neukölln unterstützt die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und organisiert  
196 Unterschriftensammlungen im Bezirk.

197 DIE LINKE. Neukölln begrüßt die Einführung des Mietendeckels. Er schafft tausenden  
198 Berliner\*innen Luft zum Durchatmen und darf nicht mit juristischen Mitteln gekippt werden. Die  
199 Bezirke und die Senatsverwaltung müssen die Regelungen des Mietendeckels rigoros umsetzen.  
200 Vermieter\*innen, die unzulässige Mieten verlangen, müssen mit hohen Geldbußen sanktioniert,

201 „Schattenmieten“ müssen verboten werden. DIE LINKE. Neukölln fordert ausreichend Personal zur  
202 Kontrolle und Umsetzung des Mietendeckels.

## 203 **Mieter\*innen unterstützen**

204 DIE LINKE. Neukölln steht an der Seite von Mieter\*innen, die sich gegen steigende Mieten und  
205 Verdrängung und für eine lebenswerte Stadt für alle einsetzen und arbeitet mit Mieteninitiativen  
206 zusammen. In der Gropiusstadt hat DIE LINKE. Neukölln gemeinsam mit Anwohner\*innen den  
207 „Mietentisch Gropiusstadt“ als ein Forum für Mieter\*innen zur Vernetzung und zum konkreten  
208 Kampf gegen Mietsteigerungen gegründet.

209 Neuköllner\*innen haben mit Einwohneranträgen die Einführung von Gebieten der sozialen  
210 Erhaltungsverordnung (Milieuschutz) im Bezirk durchgesetzt. Diese Milieuschutzgebiete sollen die  
211 Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in einem Gebiet erhalten. Deshalb sind  
212 Luxusmodernisierungen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie die  
213 Nutzungsänderung baulicher Anlagen genehmigungspflichtig. Zudem hat der Bezirk beim Verkauf  
214 von Häusern ein Vorkaufsrecht, das Käufer\*innen nur verhindern kann, indem er eine  
215 Abwendungsvereinbarung unterzeichnet, in der sie sich auf die Einhaltung bestimmter  
216 Bestimmungen verpflichtet.

217 Die anhaltende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie der Anstieg der Boden- und  
218 Immobilienpreise zeigen, dass der Milieuschutz in ganz Neukölln notwendig ist. DIE  
219 LINKE. Neukölln fordert daher, die Milieuschutzgebiete auf den gesamten Bezirk auszudehnen  
220 und die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten im Interesse der Mieter\*innen konsequent  
221 einzusetzen.

222 Das bezirkliche Vorkaufsrecht muss konsequent angewendet werden, um den öffentlichen  
223 Wohnungsbestand zu erweitern. Dazu fordert DIE LINKE. Neukölln zusammen mit  
224 Mieter\*inneninitiativen, die Bedingungen des Vorkaufsrechts zu verbessern: Statt der völlig  
225 überzogenen Verkaufspreise soll nur noch ein Verkehrswert gezahlt werden. Die Vorkaufsfrist  
226 muss von zwei auf sechs Monate verlängert werden. Das Vorkaufsrecht muss auf Share-Deals  
227 ausgeweitet werden und für alle Immobilien und Flächen in der Kommune gelten. Kommt es  
228 dennoch zu Verkäufen an Private, müssen Mietsteigerungen mit scharfen  
229 Abwendungsvereinbarungen untersagt werden. Nutzungsänderungen, die bisherige  
230 niedrigschwellige Nutzungen verdrängen, müssen verboten werden. Modernisierungen dürfen  
231 nicht genehmigt werden. Energetische Sanierungen müssen sinnvoll und durch ein energetisches  
232 Gesamtkonzept begründet sein. Genehmigt werden dürfen nur energetische Sanierungen, die  
233 warmmietenneutral sind.

234 Auf Bundesebene fordert DIE LINKE die Abschaffung der Möglichkeit, Modernisierungskosten auf  
235 die Miete aufzuschlagen. Energetische Sanierungen, die zur Bekämpfung des Klimanotstands  
236 dringend notwendig sind, müssen warmmietenneutral sein: die Kaltmiete darf nur um den Betrag



237 steigen, der bei den Heizkosten eingespart wird. Vermieter\*innen müssen zur energetischen  
238 Sanierung ihres Eigentums verpflichtet werden.

## 239 **Nachhaltige und soziale Liegenschaftspolitik**

240 DIE LINKE will verhindern, dass städtischer Boden in Privatbesitz übergeht und nur noch einem  
241 wohlhabenden Teil der Gesellschaft zur Verfügung steht. Flächen müssen gemeinwohlorientiert  
242 genutzt werden, den Verkauf öffentlicher Flächen schließt DIE LINKE aus. Wenn öffentliches Land  
243 Privaten zur Verfügung gestellt wird, dann nur im Rahmen von Erbpachtverträgen, bei denen die  
244 Flächen lediglich vermietet werden. Auch dabei muss die Nutzung des Landes jedoch sozial und  
245 ökologisch verträglich sein.

246 Wenn neues Baurecht geschaffen wird, muss der Bezirk die Möglichkeit nutzen, private  
247 Bauherr\*innen in städtebaulichen Verträgen zum sozial und ökologisch verträglichen Bauen zu  
248 verpflichten – das heißt auch: Mindestens fünfzig Prozent Sozialwohnungen, Freiraum für  
249 nichtkommerzielle Nutzungen und ein für alle nutzbarer öffentlicher Raum.

250 Das Tempelhofer Feld muss frei bleiben! Die LINKE hat den erfolgreichen Volksentscheid der  
251 Initiative 100% THF gegen die Bebauung des Tempelhofer Felds von Anfang an unterstützt. Das  
252 durch den Volksentscheid geschaffene Gesetz gegen die Bebauung des Tempelhofer Felds muss  
253 vollständig eingehalten werden. Die Gesetzesänderung durch Senat und Abgeordnetenhaus muss  
254 rückgängig gemacht werden.

## 255 **Wohnortnahe Versorgung statt Deals mit Investor\*innen**

256 Die Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs muss in den Quartieren erfolgen und nicht  
257 in entfernten Einkaufszentren. An zusätzlichen oder noch größeren Einkaufszentren besteht kein  
258 Bedarf. Die Gewerbeflächen entlang der S-Bahn und an den Ausfallstraßen sind für kleinere  
259 Unternehmen bereitzuhalten. Maßnahmen der Stadterneuerung dürfen nicht zur Verdrängung  
260 einkommensschwächerer Bewohner\*innen und anderer Nutzer\*innen Neuköllns führen.

261 DIE LINKE. Neukölln setzt sich gegen den Abriss und Neubau des Karstadt-Gebäudes am  
262 Hermannplatz und die Umgestaltung des Platzes im Interesse des Immobilienmilliardärs René  
263 Benko ein. Dessen Immobilienfirma Signa will am Karstadt-Standort einen monumentalen  
264 Einkaufstempel bauen, um mit teuren Mieten maximale Renditen einzustreichen. Solche Vorhaben  
265 zerstören die gewachsenen Strukturen im Umfeld und führen zu Verdrängung – denn die  
266 Neuköllner Bevölkerung ist nicht die Zielgruppe der Investitionen. Auch die Arbeitsplätze der  
267 Karstadt-Angestellten werden durch den Umbau gefährdet.

## 268 **Öffentliche und nichtkommerzielle Räume schützen**

269 In den letzten Jahren wurden in Neukölln mehrere unkommerzielle Kulturzentren geräumt. DIE  
270 LINKE. Neukölln setzt sich dafür ein, dass nichtkommerziell genutzte Räume bestehen bleiben.  
271 Sie bieten allen Menschen, unabhängig von ihrer Zahlungskraft, eine Möglichkeit zur  
272 gesellschaftlichen Teilhabe. DIE LINKE unterstützt alternative Wohnprojekte und Jugendzentren.

273 Räume für niedrigschwellige und unkommerzielle Kunst und Kultur müssen erhalten bleiben und  
274 neue geschaffen werden. Sind solche Räume durch Kapitalinteressen bedroht, muss der Bezirk  
275 stärker als vorher Nutzungsänderungen, wie etwa Umbau oder Umwidmung in Büroräume,  
276 untersagen.

277 Der öffentliche und halböffentliche Raum muss auch für obdachlose Menschen offenstehen. Diese  
278 dürfen nicht durch die zunehmende Geltung von Privatrecht, etwa rund um S-Bahnhöfe, verdrängt  
279 werden. Für obdachlose Menschen, aber auch für alle Nutzer\*innen des Bezirks, muss der  
280 öffentliche Raum in Neukölln Möglichkeiten zum Aufenthalt bieten, die nicht an Konsum gekoppelt  
281 sind. Dies erfordert etwa das Aufstellen öffentlicher Toiletten und Wasserspender in ganz  
282 Neukölln.

283 Die LINKE. Neukölln fordert einen öffentlichen Raum und Raumnutzungen, die für alle Menschen  
284 und besonders für marginalisierte Gruppen offenstehen. Wir setzen uns für einen barrierefreien  
285 Bezirk ein. Die Belange von Menschen mit Behinderungen müssen bei allen Entscheidungen  
286 stärker beachtet werden. Dies betrifft unter anderem die bauliche Ausstattung des öffentlichen  
287 Raums sowie öffentlicher Gebäude.

288 Neben den für alle nutzbaren Räumen müssen auch (Schutz-)Räume für FLINT-Personen  
289 (Frauen, Lesben, Intersexuelle Personen, Nicht-binäre Personen, Transsexuelle Personen) und  
290 die LGBTIQ\* Community (Lesbisch Schwul Bi Trans\* Inter\* Queer) sowie für von rassistischer  
291 Diskriminierung betroffene Gruppen gefördert werden.

## 292 **Umverteilung und Neubau von Wohnraum**

293 Um Wohnraum für alle Neuköllner\*innen zu schaffen, ist auch ein Neubau von leistbaren  
294 Wohnungen notwendig. Zunächst gilt es jedoch, den vorhandenen Wohnraum gerechter zu  
295 verteilen. Viele Wohnungen in Neukölln stehen absichtlich leer und dienen als reines  
296 Spekulationsobjekt der Eigentümer\*innen. Die Wohnfläche pro Person hängt stark vom  
297 Haushaltseinkommen ab. Während Besserverdienende große Wohnungen anmieten können, wird  
298 die Verzweiflung armer und marginalisierter Wohnungssuchender durch eine Überbelegung von  
299 Wohnungen ausgenutzt. Wohnungen in beliebten Gegenden werden als Ferienwohnungen  
300 vermietet. Solchen Entwicklungen muss durch eine konsequente Wohnungsaufsicht und die  
301 entschiedene Anwendung des Zweckentfremdungsverbot es entgegengewirkt werden. Um die  
302 Vermietung als Ferienwohnungen effektiver zu kontrollieren, fordert DIE LINKE. Neukölln mehr  
303 Personal im Wohnungsamt und strikte Sanktionierung von unerlaubter Vermietung. Bei  
304 anhaltendem Leerstand, Zweckentfremdungen oder unhaltbaren Wohnbedingungen müssen  
305 Wohnungen durch eine Beschlagnahmung der Immobilien für die Nutzung zurückgewonnen  
306 werden.

307 Neu gebaut werden soll vorzugsweise durch die kommunalen Wohnungsgesellschaften. Hier  
308 sollen Langlebigkeit, ökologisch verträgliche und energiesparende Bauweise Priorität erhalten, um

309 den kommunalen Wohnungsbestand nachhaltig zu vergrößern. Mittelfristig müssen die  
310 kommunalen Wohnungsgesellschaften demokratisiert werden. Zu unterstützen sind auch  
311 Genossenschaften, die langfristig günstige Mieten garantieren. Um auch Menschen mit geringen  
312 Einkommen das genossenschaftliche Wohnen zu ermöglichen, soll ein bezirklicher Fonds  
313 geschaffen werden, der in Notfällen Einlagen und Kautionen übernehmen kann. Private  
314 Bauherr\*innen müssen sich an soziale und ökologische Standards halten.

315 Jeder Bezirk ist für sich genommen eine Großstadt und muss eigene Flächen und Objekte  
316 selbstständig entwickeln können. Deshalb sollen die Bezirke kommunale Bauhütten, also  
317 nichtkommerzielle Baubetriebe in öffentlicher Hand, schaffen, um sich unabhängiger von privaten  
318 Baufirmen zu machen.

### 319 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 320 • Mietendeckel verteidigen und durchsetzen, ausreichend Personal einstellen
- 321 • Deutsche Wohnen & Co enteignen: Dem Mietenwahnsinn ein Ende bereiten!
- 322 • Milieuschutz ausweiten: In ganz Neukölln das Vorkaufsrecht verbessern, Modernisierungen zum  
323 Zweck der Mieterhöhung untersagen
- 324 • Energetische Modernisierungen warmmietenneutral: Berlins Gebäude energetisch ertüchtigen,  
325 aber nicht auf Kosten der Mieter\*innen!
- 326 • Öffentliche Flächen dürfen nicht verkauft, sondern höchstens in Erbpacht überlassen werden
- 327 • 100% THF: Das Tempelhofer Feld bleibt unbebaut!
- 328 • Keine Deals mit Investor\*innen! Wohnortnahe Versorgung sicherstellen
- 329 • Alternative Räume schützen: Nichtkommerziell genutzte Räume und Schutzräume müssen  
330 erhalten und verteidigt werden!
- 331 • Barrierefreiheit ausbauen: Jeder muss sich im öffentlichen Raum frei bewegen können
- 332 • Gewerbliche Ferienvermietung bekämpfen: Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz muss  
333 konsequent angewendet werden!
- 334 • Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften beim Neubau bevorzugen,  
335 fünfzig Prozent Sozialwohnungsquote für private Bauherr\*innen
- 336 • Die Mieter\*innen entscheiden: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften demokratisieren!
- 337 • Bezirke müssen selbst bauen können und benötigen dafür eigene Bauhütten!
- 338

## 339 **Mobilität, Umweltschutz und Klimagerechtigkeit**

340  
341 Wir stecken mitten in einer globalen Klimakrise. Um sie zu überwinden, kämpft DIE LINKE für eine  
342 ökologische Umgestaltung unseres Zusammenlebens. Wir müssen weg von einer kapitalistischen  
343 Wirtschaftsweise, die Menschen und Lebewesen ausbeutet, Ressourcen erschöpft und den  
344 Planeten zerstört. Auch in der Stadtpolitik können wir wichtige Schritte in diese Richtung gehen:  
345 indem wir eine sozial-ökologische Verkehrswende voranbringen, indem wir Grünflächen erhalten  
346 und entwickeln, und indem wir eine nachhaltige und demokratische Energieversorgung sichern.

### 347 **Soziale und ökologische Verkehrswende jetzt**

348 DIE LINKE steht für gerechte Verhältnisse auf unseren Straßen. Wir benötigen eine sozial-  
349 ökologische Verkehrswende, die vor allem den öffentlichen Verkehr stärkt. Linke Verkehrspolitik  
350 bedeutet Mobilität für alle bei insgesamt weniger Verkehr. DIE LINKE will das ÖPNV-Netz  
351 ausbauen und erweitern, um Platz für neue Fahrgäste zu schaffen. Wenn zukünftig weniger  
352 Menschen ihr Auto benutzen sollen, müssen vor allem die Alternativen vorgebracht werden. Die  
353 Beschäftigten bei Bus und Bahn unterstützen wir bei ihren Kämpfen um gerechte Bezahlung und  
354 gute Arbeitsbedingungen. Sie bringen die Verkehrswende voran. Um eine demokratisch gestaltete  
355 soziale und ökologische Entwicklung zu sichern, gehören Infrastruktur und Betrieb des  
356 Nahverkehrs in öffentliche Hand.

357 DIE LINKE. Neukölln fordert die Senkung der Ticketpreise bis hin zum Nulltarif. Die  
358 Verkehrswende muss sozial gerecht finanziert werden. Um den Ausbau des ÖPNV und die  
359 Senkung der Ticketpreise zu finanzieren, müssen die Mittel im Landeshaushalt massiv aufgestockt  
360 werden und eine Nahverkehrsabgabe für alle in Berlin ansässigen Unternehmen eingeführt  
361 werden. „Finanzierungsmodellen wie der City-Maut oder Parkraumbewirtschaftung steht DIE  
362 LINKE.Neukölln kritisch gegenüber. Solche Bezahlmodelle ermöglichen es nämlich Menschen mit  
363 mehr Geld, sich das Recht auf Verschmutzung zu erkaufen. Ärmere Menschen, die auf ein Auto  
364 angewiesen sind, werden überproportional belastet. Das ist nicht gerecht und führt nicht  
365 zwangsläufig zur nötigen Reduzierung des Privatverkehrs, sondern zur finanziellen Abhängigkeit  
366 der öffentlichen Hand vom Privatverkehr.“

367

## 368 **Vorrang für ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger\*innen**

369 Berlins Verkehrsverhältnisse sind ungerecht. Bus und Bahn sind viel zu teuer und decken die Stadt  
370 nicht gleichmäßig ab. Menschen mit niedrigen Einkommen werden so von Mobilität  
371 ausgeschlossen. Gleichzeitig beanspruchen die Autos in den Städten zu viel Platz. DIE  
372 LINKE. Neukölln will den Autoverkehr in der Innenstadt massiv verringern, um Platz zu schaffen für  
373 ÖPNV, Fahrradwege und Fußgänger\*innen. Wenn viele Menschen täglich die gleichen Wege  
374 zurücklegen, ist sinnvoll, dass sie dies gemeinsam tun, also im ÖPNV, anstatt sich gegenseitig im  
375 Stau zu blockieren – also im ÖPNV. Daran ändern auch Elektro-Autos nichts. Bei Unfällen in der  
376 Stadt kommen meist nicht die Insass\*innen der Autos zu Schaden, sondern Menschen, die zu Fuß  
377 oder auf dem Rad unterwegs sind. An Hauptverkehrsstraßen mit hoher Abgasbelastung leben  
378 häufig Menschen, die sich selbst gar kein Auto leisten können, weil nur dort die Mieten für sie noch  
379 bezahlbar sind. Berlins Straßen dienen aber nicht nur dem Verkehr, sie sind ein wichtiger Teil  
380 unseres Lebensumgebung. Deshalb müssen sie so gestaltet werden, dass sie für alle sicher sind.  
381 Die „Vision Zero“ – keine Toten und Schwerverletzten im Verkehr – ist erreichbar, wenn  
382 Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen mehr Platz und sichere Wege bekommen und die  
383 Geschwindigkeit der Autos reduziert wird. DIE LINKE.NEUKÖLLN arbeitet deshalb mit zahlreichen  
384 Initiativen für eine gerechte Verkehrswende im Bezirk.

## 385 **Eine S-Bahn für alle**

386 Die S-Bahn ist das Herzstück des Berliner Nahverkehrs und damit auch der sozial-ökologischen  
387 Verkehrswende in Berlin. Um sie im Sinne von Beschäftigten, Fahrgästen und Klima  
388 weiterzuentwickeln und auszubauen, gehört sie in öffentliche Hand. Die derzeitige Ausschreibung  
389 der S-Bahn, bei der eine Zerschlagung des Netzes und die Übernahme des Betriebs durch private  
390 Unternehmen droht, lehnen wir daher ab. Eine Privatisierung würde eine radikale  
391 Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bedeuten. Statt in sozial-ökologischen Umbau und  
392 gerechte Arbeitsverhältnisse investiert zu werden, würden Profite von Privaten abgeschöpft. Die  
393 Stadt Berlin muss die S-Bahn daher selbst betreiben und weg von der Profitlogik. Das geht  
394 entweder über den Aufbau einer landeseigenen Gesellschaft oder über einen Einstieg des Landes  
395 in die derzeitige Betreiberin, die Bahn-Tochter S-Bahn GmbH.

## 396 **Ein Verkehrsplan für Neukölln**

397 Auch in Neukölln muss der ÖPNV ausgebaut und der Ausbau des Radwegenetzes vorangebracht  
398 werden. Dazu muss Neukölln endlich an das Berliner Straßenbahnnetz angeschlossen werden.  
399 Höchste Priorität haben dabei die „Südtangente“, die Schöneweide, Gropiusstadt und Buckow  
400 verbindet, die Verlängerung der M10 von der Warschauer Straße zum Hermannplatz sowie eine  
401 Tram auf der Sonnenallee, um den völlig überlasteten M41-Bus zu ersetzen. Außerdem fordern wir  
402 die Einrichtung eines Regionalbahnhaltendes am S+U-Bahnhof Neukölln auf den bestehenden,  
403 kaum genutzten Gütergleisen, um den Bezirk auch überregional besser anzubinden.

404 Die Verlängerung der U8 über S+U Hermannstraße hinaus soll geprüft werden. Ein Großteil von  
405 Britz und Buckow Süd ist nur durch Busse erschlossen. Der Knotenpunkt Hermannstraße ist  
406 überlastet. Die U7 sollte verlängert und hinter der Stadtgrenze oberirdisch in den S- und  
407 Regionalbahnhof Schönefeld eingefädelt werden. Der Weiterbau der A100 durch Neukölln war ein  
408 Fehler. Er verschlingt Milliarden und bringt die sozial-ökologische Verkehrswende keinen Schritt  
409 weiter. Unter keinen Umständen darf eine Baufortsetzung über die Anschlussstelle Treptower Park  
410 hinaus erfolgen. Die Eisenbrücke muss gerettet werden!

411 Wir setzen uns für zwei Meter breite geschützte Radwege an allen Hauptverkehrsstraßen ein.  
412 Dies muss schnell geschehen, zunächst provisorisch als Pop-Up-Radwege. Schritt für Schritt  
413 können diese dann fest eingerichtet werden. Der Pop-Up-Test ermöglicht es, Fehler wie bei der  
414 Umgestaltung der Karl-Marx-Straße zu vermeiden. Oberste Priorität haben die Hermannstraße und  
415 die Sonnenallee, in denen die Verkehrssituation unerträglich und lebensgefährlich ist. Beim  
416 Radwegeausbau müssen auch stadtpolitische Initiativen wie zum Beispiel das Netzwerk  
417 Fahrradfreundliches Neukölln einbezogen werden. Weitere Fahrradstraßen und Radschnellwege  
418 müssen eingerichtet werden. DIE LINKE. Neukölln unterstützt und fördert  
419 Anwohner\*inneninitiativen wie „Hermannstraße für Alle“ im Kampf für gerechte Verhältnisse im  
420 öffentlichen Raum.

## 421 **Pflege und Ausbau der Grünflächen**

422 DIE LINKE setzt sich für nachhaltige Bebauung und den Erhalt und die Neueinrichtung von  
423 Grünflächen ein. Zu lebenswerten Wohnvierteln gehört eine ausreichende Versorgung mit  
424 Grünflächen und Parks. Sie dienen neben der Erholung auch als Biotopverbund und haben eine  
425 wichtige Klimafunktion. Ihr Bestand darf nicht gegen Neubauvorhaben ausgespielt werden. Der  
426 dichtbesiedelte Neuköllner Norden braucht zusätzlich dezentrales wohnungsnahes Grün und  
427 weitere Kinderspielplätze. Dabei müssen alle Parks in Neukölln – auch der Britzer Garten –  
428 kostenlos zugänglich sein. Die künftige Entwicklung des Tempelhofer Feldes als überbezirkliche  
429 Grün- und Erholungsfläche soll mit engagierten Bürger\*innen erarbeitet werden. Eine Bebauung ist  
430 für DIE LINKE ausgeschlossen und nicht verhandelbar. Das ganze Areal soll frei und ohne Zaun  
431 zugänglich sein.

432 Die Aufgaben des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Naturschutz müssen rekommunalisiert  
433 werden. Die Anlage und Pflege der öffentlichen Grünflächen ist eine Bezirksaufgabe und soll nicht  
434 von GrünBerlin oder anderen GmbHs übernommen werden.

435 Gemeinschaftliche Projekte wie die Prachttomate oder der Prinzessinnengarten fördern nicht nur  
436 nachbarschaftlichen Zusammenhalt, sondern sind auch Vorbild für eine ökologische Zukunft. Sie  
437 müssen erhalten und gefördert werden. Innovative Begrünungskonzepte von Häusern sollen  
438 eingesetzt werden, um die Luftqualität zu steigern und Häuser auf natürliche Art und Weise zu  
439 dämmen.

440 Um die notwendige Versorgung der Stadt mit Kalt- und Frischluft zu garantieren, müssen die  
441 Grünzüge vom Tempelhofer Feld über den Richardplatz in Richtung Treptower Park erhalten  
442 werden. Gleiches gilt für die Nord-Süd-Grünzüge von der Hasenheide über den Britzer Garten bis  
443 zur Stadtgrenze sowie entlang des Teltow-Kanals. Friedhöfe (v.a. rund um die Hermannstraße)  
444 und innerstädtische Kleingartenanlagen sollen grundsätzlich erhalten bleiben und dürfen nur in  
445 Ausnahmefällen sozialer Infrastruktur weichen.

## 446 **Ökologische Energieversorgung**

447 DIE LINKE fordert den Ausstieg aus Kohleabbau und Atomenergie. Um die Abhängigkeit von  
448 fossilen Energieträgern zu verringern, müssen wir auch lokal auf Solar- und Windenergie  
449 umstellen. Für den Umstieg auf ökologisch tragfähige Konzepte ist eine Energieversorgung in  
450 öffentlicher Hand notwendig. DIE LINKE. Neukölln unterstützt das Anliegen des Berliner  
451 Energietisches, der für eine Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung kämpft. In  
452 der Bezirksverordnetenversammlung haben wir erwirkt, dass die Aufstellung von  
453 Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und Schulen durch die Berliner Stadtwerke geprüft  
454 wird. Denn die Energieversorgung darf nicht Profitinteressen dienen, sondern muss sozial gerecht,  
455 ökologisch und demokratisch gestaltet werden.

## 456 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 457 • Unsere E-Mobilität heißt Straßenbahn: Anschluss Neuköllns an das Straßenbahnnetz, U7 und  
458 U8 verlängern!
- 459 • Radwege überall: Jede Hauptverkehrsstraße braucht einen sicheren Radweg!
- 460 • Umstieg vom Auto auf kollektiven Verkehr: ÖPNV stärken und ausbauen
- 461 • Bezahlmodelle sind der falsche Weg: Parkraum muss reduziert werden! Eine autofreie  
462 Innenstadt statt City-Maut!
- 463 • Eine S-Bahn für alle! Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn auf Kosten von  
464 Beschäftigten und Fahrgästen!
- 465 • Gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei Bus und Bahn!
- 466 • Wohnungsbau und Grünflächen nicht gegeneinander ausspielen: Das Tempelhofer Feld,  
467 innerstädtische Kleingartenanlagen und die Friedhöfe müssen erhalten bleiben!
- 468 • Aufgaben des Grünflächenamts rekommunalisieren: Neukölln muss mehr in die Pflege, den  
469 Erhalt und den Ausbau von Grünflächen investieren
- 470 • Ausreichende Versorgung mit Grünflächen und Parks sicherstellen: Sie haben eine wichtige  
471 Klimafunktion und dienen der Erholung der Neuköllner\*innen
- 472 • Kaltluftschneisen erhalten: damit die Stadt nicht überhitzt

- 473 • Zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen: Ob Tempelhofer Feld oder  
474 Prinzessinnengärten - wir unterstützen Bürger\*innen beim Erhalt und der Entwicklung unserer  
475 Grünflächen
- 476 • Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung jetzt! Für eine sozial gerechte,  
477 ökologische und demokratische Energiepolitik!
- 478



## 479 **Gute Finanzierung für öffentliche Aufgaben**

480  
481 Kommunen und Bezirke sind unterfinanziert. Während die Reichen reicher werden, fehlt das Geld  
482 für Schwimmbäder, Schulen und Krankenhäuser. Die von CDU, SPD, FDP und Grünen  
483 unterstützte Schuldenbremse schränkt staatliches Handeln massiv ein und führt bei einem  
484 wirtschaftlichen Abschwung zu Kürzungen bei der Daseinsvorsorge. DIE LINKE kämpft für die  
485 Umverteilung des vorhandenen Reichtums von oben nach unten. Sie setzt sich ein für die  
486 Millionärssteuer, für die deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes  
487 sowie für eine Finanztransaktionssteuer. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wollen  
488 wir steuerlich entlasten. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die öffentliche  
489 Daseinsvorsorge erhalten und ausgebaut werden kann. Dazu gehört auch ausreichend Personal in  
490 den Ämtern, um eine bürger\*innennahe Verwaltung gewährleisten zu können.

## 491 **Genug Geld für Neukölln**

492 DIE LINKE fordert für Neukölln einen Bezirkshaushalt, der ausreichend Mittel aufweist, um unter  
493 anderem:

- 494 • alle bestehenden Sozial-, Kultur-, Sport, Senior\*innenfreizeit-, Kinder- und Jugendeinrichtungen  
495 und ähnliche Angebote zu finanzieren und auszubauen,
- 496 • Kindertagesstätten und Schulen zu renovieren und zusätzliches pädagogisches Personal  
497 einzustellen,
- 498 • Parks, Grünanlagen und Kinderspielplätze zu pflegen und zu entwickeln,
- 499 • öffentlichen Gebäude, Straßen und Wege instand zu setzen und zu bewahren,
- 500 • deutlich mehr Personal einzustellen, um gute öffentliche Dienstleistungen zu gewährleisten und  
501 die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu senken,
- 502 • grundsätzlich Kürzungen der sozialen Leistungen ausschließen zu können.

503 Mit den dem Bezirk derzeit zur Verfügung stehenden Geldern können in Neukölln nur mit Mühe die  
504 Pflichtaufgaben (zum Beispiel die Gehälter der Beschäftigten, das Wohngeld, die Sozialhilfe und  
505 Hilfen zur Erziehung) erfüllt werden. DIE LINKE. Neukölln fordert, dass Mehrausgaben in diesen  
506 Bereichen komplett vom Land Berlin übernommen werden. DIE LINKE will deutlich höhere und  
507 stabile Zuweisungen des Landes an die Bezirke. Die Bezirke benötigen eine angemessene und  
508 aufgabengerechte Finanzierung. Alle Bezirke sollen zunächst jeweils zusätzlich jährlich 7,5  
509 Millionen Euro erhalten.

## 510 **Gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben**

511 In Berlin werden häufig Aufgaben der Verwaltung ausgeschrieben und an Agenturen und  
512 privatrechtlich organisierte Unternehmen vergeben. Dadurch schlagen private Firmen Profite aus

513 öffentlichen Aufgaben. Zudem führt die Auslagerung von Aufgaben dazu, dass grundlegende  
514 Kompetenzen in den Verwaltungen verloren gehen und sie bedeutet den Beginn einer  
515 Abwärtsspirale, an deren Ende Berlin von Unternehmen verwaltet wird. DIE LINKE. Neukölln  
516 wendet sich gegen jede Form der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben. Statt Aufgaben extern  
517 auszuschreiben, muss mehr Personal eingestellt und eine Ausbildungsoffensive in der Verwaltung  
518 gestartet werden. Partnerschaften mit profitorientierten Unternehmen lehnt DIE LINKE ab. Bei der  
519 Zusammenarbeit mit gemeinnützigen freien Trägern muss eine regelmäßige Kontrolle dieser  
520 Träger erfolgen und die jeweiligen Zielgruppen müssen in die Bewertung mit einbezogen werden.  
521 Träger, die gute Arbeit machen, brauchen eine sichere Finanzierung, mit der sie planen können.  
522 DIE LINKE setzt sich für eine Verwaltung ein, die mit einer ausreichenden Zahl an  
523 Mitarbeiter\*innen in der Lage ist, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung eigenständig zu  
524 bewältigen.

## 525 **Bürger\*innennahe Verwaltung und Digitalisierung**

526 Lange Wartezeiten und Einschränkung vieler Angebote: Wegen des Personalmangels kann die  
527 Neuköllner Verwaltung ihre Aufgaben kaum erfüllen. DIE LINKE. Neukölln will eine Verwaltung im  
528 Bezirk, die für die Bürger\*innen da ist. Dazu gehört neben der Einstellung von mehr **Personal** und  
529 schnelleren Einstellungsverfahren – gerade in Krisenzeiten – ein Konzept, wie die Verwaltung  
530 besser auf die Lebensrealitäten im Bezirk eingehen kann. Ein durchgängig mehrsprachiges  
531 Angebot aller wichtigen Informationen steht hier an erster Stelle. DIE LINKE unterstützt Vorstöße,  
532 Vorgänge und Services mithilfe von Digitalisierung niedrighwelliger und effektiver zu gestalten.  
533 Digitalisierung darf aber nie eine Ausrede für Personalabbau, Privatisierung oder Überwachung  
534 der Bürger\*innen sein!

535 Die Nutzung des Internets ist heutzutage eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.  
536 Deshalb fordert DIE LINKE. Neukölln den Ausbau des kostenlosen WLAN-Netzes. In Neukölln  
537 muss ein leistungsfähiges Netzwerk an relevanten Standorten existieren, die allen den Zugang zu  
538 digitalen Angeboten ermöglicht.

## 539 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 540 • Neukölln ausreichend finanzieren: Weg von der Mangelwirtschaft, hin zu massiven Investitionen
- 541 in die Daseinsvorsorge!
- 542 • Schluss mit Privatisierung und Ausschreibung öffentlicher Aufgaben!
- 543 • Eine bürger\*innennahe Verwaltung ohne lange Wartezeiten
- 544 • Ausbildungsoffensive in der Verwaltung
- 545 • Schnellere Einstellungsverfahren, gerade in der Krisenzeit
- 546 • Ausbau des kostenlosen WLAN-Netzes

## 547 **Gute Arbeit und Kampf gegen Armut**

548 Fast drei Millionen Menschen sind in Deutschland derzeit ohne sozialversicherungspflichtige  
549 Beschäftigung. Jede\*r Fünfte arbeitet im Niedriglohnsektor. Jetzt trifft die Corona-Krise viele  
550 Beschäftigte: Gastronomiebetriebe schließen oder entlassen Personal, mit dem Kurzarbeitergeld  
551 kommen vor allem Geringverdienende kaum über die Runden, Solo-Selbstständigen brechen  
552 Aufträge weg, Kulturschaffende sorgen sich um ihre berufliche Existenz. In Neukölln waren schon  
553 vor der Krise rund ein Viertel der Menschen abhängig von staatlichen Transferleistungen wie  
554 Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Wohngeld. 27,4 Prozent der Neuköllner\*innen sind  
555 armutsgefährdet – mehr als in jedem anderen Bezirk. Allein die offizielle Erwerbslosenquote lag im  
556 April 2020 in Neukölln bei rund 14 Prozent und ist mit Abstand die höchste in Berlin. Durch Corona  
557 ist diese Quote in Neukölln im August 2020 auf 16 Prozent gestiegen.

## 558 **Gute Arbeit und guter Lohn**

559 DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede  
560 Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss  
561 gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen  
562 Mindestlohn in Höhe von gegenwärtig mindestens 13 Euro pro Stunde.

563 DIE LINKE hat in Berlin mit dem Vergabegesetz durchgesetzt, dass öffentliche Aufträge nur an  
564 Unternehmen vergeben werden, die wenigstens den Berliner Vergabemindestlohn von 12,50 Euro  
565 pro Stunde zahlen. DIE LINKE fordert ein gesetzliches Verbot von Leiharbeit und unterstützt  
566 gewerkschaftliche Kampagnen gegen Leih- und Zeitarbeit. Bei Tarifbewegungen steht DIE LINKE  
567 solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Der Kündigungsschutz muss verbessert und  
568 Befristungen müssen gesetzlich stark eingeschränkt werden. Ein-Euro-Jobs und  
569 Beschäftigungsmaßnahmen müssen in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse  
570 umgewandelt werden und dürfen nur auf Basis der Freiwilligkeit angeboten werden. Es muss  
571 durchgesetzt werden, dass öffentlich geförderte Tätigkeiten reguläre Arbeitsverhältnisse nicht  
572 ersetzen. DIE LINKE. Neukölln will, dass der öffentliche Dienst Berlins baldmöglichst wieder  
573 bundeseinheitliches Tarifniveau erreicht.

574 Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – DIE LINKE streitet für ein Neues  
575 Normalarbeitsverhältnis: Arbeit, die zum Leben passt, statt Druck und Alltagsstress. Die  
576 Arbeitszeiten müssen bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Bei all diesen Kämpfen steht DIE  
577 LINKE an der Seite der Gewerkschaften. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung  
578 und Pflege muss verbessert werden. Gute Arbeit für alle erfordert eine erweiterte Mitbestimmung  
579 der Beschäftigten.

580 Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss zurückgenommen werden. Durch die  
581 Rentenkürzungspolitik des letzten Jahrzehnts werden immer mehr Rentner\*innen in Armut leben  
582 müssen. DIE LINKE fordert eine Mindestrente von 1200 Euro, um auch im Alter armutsfrei leben

583 zu können, und die Rückkehr zur dynamischen Rente ohne Kürzungsfaktoren, die direkt und ohne  
584 Abzüge an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gekoppelt ist und zumindest einen  
585 Inflationsausgleich leistet.

## 586 **Langzeiterwerbslosigkeit bekämpfen**

587 Eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für die Beschäftigten in der öffentlichen  
588 Verwaltung sowie für Erwerbslose soll insbesondere den vielen Langzeiterwerbslosen neue  
589 Perspektiven eröffnen: in Verwaltung, Kitas, Schulen oder Krankenhäusern. Unser Ziel ist die  
590 Integration von mindestens zwanzig Prozent der Neuköllner Langzeiterwerbslosen in neu  
591 geschaffene Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes. Auch für Beschäftigte, die durch  
592 Schließungen ihre Arbeit verlieren, wie etwa bei Karstadt, müssen neue Perspektiven geschaffen  
593 werden.

594 Das Bezirksamt muss dringend mehr Stellen schaffen, zum Beispiel durch die  
595 Rekommunalisierung der Schulreinigung. Mit einem Bürger\*innenbegehren hat die Initiative Schule  
596 in Not einen Beschluss zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in Neukölln herbeigeführt.  
597 Hierzu müssten ca. 200 Stellen in der Reinigung geschaffen werden. DIE LINKE. Neukölln setzt  
598 sich für eine rasche Umsetzung des Beschlusses ein und prüft, welche weiteren Bereiche  
599 rekommunalisiert werden können.

600 Die LINKE. Neukölln will durch diese Maßnahmen einen spürbaren Abbau der  
601 Langzeiterwerbslosigkeit erreichen und auch brachliegende Fähigkeiten und Fertigkeiten von  
602 Erwerbslosen zur Verbesserung des Dienstleistungsangebotes des öffentlichen Dienstes nutzen.

603 Das Bezirksamt und die Neuköllner Betriebe müssen mehr ausbilden, auch in  
604 Ausbildungsverbänden. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsabgabe zahlen. In  
605 den letzten Jahren wurden vom Bezirksamt selbst sogar weniger Ausbildungsplätze angeboten,  
606 obwohl der Personalbedarf gestiegen ist. Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationsgeschichte  
607 soll mindestens dem Anteil dieser Jugendlichen an ihrer Altersgruppe in Neukölln entsprechen. Um  
608 struktureller Diskriminierung vorzubeugen und mehr Jugendlichen faire Chancen auf einen  
609 Ausbildungsplatz zu ermöglichen, setzt sich DIE LINKE. Neukölln langfristig für die Stärkung  
610 anonymisierter Bewerbungsverfahren beim Bezirksamt und bei Neuköllner Betrieben ein.

## 611 **Kampf gegen Hartz-IV – Neukölln sanktionsfrei**

612 Die Hartz-IV-Regelsätze müssen umgehend auf ein bedarfsgerechtes Niveau angehoben werden.  
613 Unser Ziel bleibt es, Hartz IV abzuschaffen und durch eine sanktionsfreie, individuelle  
614 Mindestsicherung in Höhe von 1200 Euro zu ersetzen, damit Betroffene auch ohne Erwerbsarbeit  
615 in Würde leben können. Die unsozialen Zumutbarkeitsregelungen sind zu streichen, Sanktionen  
616 sind abzulehnen, besonders die verschärften Sanktionsregeln für unter 25-Jährige. DIE  
617 LINKE. Neukölln fordert ein Pilotprojekt zur Aussetzung der Sanktionen in Neukölln, was bisher in  
618 der Neuköllner BVV von der SPD verhindert wird.

619 Den Menschen in Neukölln, die in insgesamt rund 40.000 Bedarfsgemeinschaften leben, fühlt sich  
620 DIE LINKE besonders verpflichtet. Der Mangel an Arbeitsplätzen zwingt viele von ihnen zum  
621 Jobcenter. Dort machen viele Betroffene sehr schlechte Erfahrungen und klagen über  
622 unfreundliches, überlastetes Personal und fehlerhafte Bescheide. Der von der Bundesagentur für  
623 Arbeit ausgehende Druck – zum Beispiel in Form von willkürlichen Etatkürzungen des Jobcenters  
624 – wird nach unten weitergegeben. Die Beschäftigten im Jobcenter sollten hinreichend ausgebildet  
625 sein, um sach- und fachgerecht arbeiten zu können. Repressionen sind abzulehnen. DIE  
626 LINKE. Neukölln will die Position der Menschen gegenüber dem Amt stärken und ihnen einen  
627 Umgang in Würde ermöglichen. Sie fordert, dass das Jobcenter seiner gesetzlichen Verpflichtung  
628 zur Leistungsgewährung gegenüber allen Anspruchsberechtigten in Höhe des wirklichen Bedarfs  
629 für Lebensunterhalt und Wohnung nachkommt, damit Leistungen gar nicht erst vor dem  
630 Sozialgericht eingeklagt werden müssen. Zur Vermeidung von Schuldenfalle und Wohnungsverlust  
631 hat die Bearbeitung der Anträge ohne Verzögerung zu erfolgen.

### 632 **Soziale Benachteiligung abfedern**

633 Während der Corona-Krise wurde erneut deutlich, dass viele Schüler\*innen aus armen Familien  
634 signifikant benachteiligt waren, weil sie keinen Zugang zum Internet oder keine digitalen Endgeräte  
635 haben. Deshalb fordert DIE LINKE. Neukölln, dass Kosten für digitale Endgeräte im  
636 Zusammenhang mit Schule und Bildung vom Jobcenter übernommen werden. Auch ältere  
637 Menschen müssen bei Erwerb und Anwendung von digitalen Endgeräten unterstützt werden.

638 Der Berlin-Pass inklusive des Berliner Sozialtickets muss fortgesetzt werden und soll auch jenen  
639 zur Verfügung stehen, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegen oder die  
640 Bedarfsgrenzen nur knapp übersteigen. Dieser Personenkreis sowie Wohngeldbeziehende sollen  
641 ebenfalls generell von den Rundfunkbeiträgen befreit werden. Das Sozialticket soll auf den Bereich  
642 C ausgeweitet werden, damit prekär Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit nicht draufzahlen und  
643 auch Transferbeziehende die Naherholungsgebiete im Bereich C ohne zusätzliche Fahrtkosten  
644 nutzen können.

### 645 **Kampf gegen Obdachlosigkeit**

646 Zwangsräumungen, die zur Verdrängung von Mieter\*innen führen, will DIE LINKE verhindern. Es  
647 darf nicht in die Wohnungslosigkeit geräumt werden. Für Menschen, die ihre Wohnung verloren  
648 haben, muss es in Neukölln ausreichend Unterstützung geben. Gerade zu Beginn der Corona-  
649 Pandemie hat sich gezeigt, dass die Angebote für obdachlose Menschen in nur nachts geöffneten  
650 Notübernachtungen sowie die bezirkliche Unterbringung wohnungsloser Menschen in Pensionen  
651 mit Mehrbettzimmern unzureichend sind. Unterkünfte müssen in ausreichender Anzahl, das  
652 gesamte Jahr und auch tagsüber Schutz, Privatsphäre und Versorgungsmöglichkeiten bieten.  
653 Gleichzeitig müssen direkt in diesen Unterkünften Möglichkeiten zum Überwinden verschiedener  
654 Problemlagen zur Verfügung stehen: dies umfasst Beratungsangebote, die sich sozialen,

655 psychischen und Suchtproblemen widmen. Das Bezirksamt Neukölln muss in Unterkünften und  
656 Tageseinrichtungen für obdach- und wohnungslose Menschen zudem Anlaufstellen für die weitere  
657 Unterbringung und Wohnungsvermittlung schaffen.

658 Insgesamt ist allerdings ein Strategiewechsel im Umgang mit Obdach- und Wohnungslosigkeit in  
659 Berlin notwendig. Statt weiterer Massenunterkünfte oder teurer Niedrigstandard-Pensionen (sie  
660 kosten bis zu 40 Euro pro Nacht), die kaum Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentfaltung bieten,  
661 sollte der Bezirk Neukölln Wohnungen akquirieren und an wohnungslose Menschen vergeben –  
662 „Housing First“! Das geschützte Marktsegment, in dem wohnungslose Personen eine Wohnung  
663 erhalten können, ist viel zu klein und von starker Konkurrenz bestimmt. Auch die landeseigenen  
664 Wohnungsgesellschaften sowie private Vermieter\*innen müssen darum in höherem Maß zur  
665 Unterbringung wohnungsloser Personen verpflichtet werden. Auch nach dem Überwinden der  
666 Wohnungslosigkeit müssen diesen Menschen Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung  
667 stehen.

### 668 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 669 • die Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze und die Ansiedlung von weiteren Betrieben des  
670 produzierenden Gewerbes mit nachhaltiger und guter Arbeit.
- 671 • Hartz IV muss weg: sanktionsfreie Mindestsicherung jetzt!
- 672 • Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive: der Bezirk muss Vorreiter sein bei der Ausbildung  
673 und guten Beschäftigungsbedingungen
- 674 • Neukölln sanktionsfrei: das Jobcenter Neukölln soll in einem Pilotprojekt auf Sanktionen  
675 verzichten
- 676 • Armut verhindern: die Schuldner- und Insolvenzberatungen im Bezirk ausreichend finanzieren,  
677 eine unabhängige Sozialberatung garantieren und den Berechtigten bekannt machen
- 678 • Kein Wohnungsverlust wegen Mietschulden: personelle Aufstockung beim Wohngeldamt jetzt!
- 679 • Schluss mit Zwangsräumungen!
- 680 • Wohnungen für Obdachlose: das Angebot an Wohnungen im geschützten Marktsegment  
681 ausbauen

682

## 683 **Gesundheitspolitik**

684

685 Einsparungen und Reformen haben in den letzten Jahren die Gesundheitsvorsorge und die  
686 medizinische Versorgung der Bevölkerung in Neukölln verschlechtert. Die Arbeitsbedingungen in  
687 der Kranken- und Altenpflege sind für Beschäftigte und Patient\*innen nicht zumutbar. Für DIE  
688 LINKE ist Gesundheit keine Ware. DIE LINKE setzt sich ein für ein öffentliches Gesundheitswesen,  
689 das bestmögliche Behandlung und Vorsorge vor Krankheiten unabhängig vom Geldbeutel und  
690 wohnortnah ermöglicht. Das bedeutet eine deutliche Verbesserung der Bedingungen in der Pflege  
691 durch 500 Euro mehr Grundgehalt und einen besseren Personalschlüssel. DIE LINKE fordert  
692 außerdem die Abschaffung der Fallpauschalen und des Zwei-Klassen-Systems der  
693 Krankenkassen.

694 Die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt, wie wichtig ein funktionsfähiges Gesundheitssystem ist.  
695 Es ist allerhöchste Zeit, die Gesundheitsversorgung dauerhaft zu verbessern.

## 696 **Gesundheitsversorgung im Bezirk sicherstellen**

697 Die Corona-Pandemie hat den drastischen Personalmangel beim Gesundheitsamt des Bezirks  
698 offengelegt. Doch auch außerhalb von Krisenzeiten führen Mittelkürzungen und personelle  
699 Unterbesetzung zur Streichung von Leistungen und Beratungsangeboten. Es fehlt ein  
700 differenziertes Informationsangebot auf Ortsteilebene, insbesondere für ältere Mitbürger\*innen und  
701 für Menschen mit Migrationsgeschichte. Das Gesundheitsamt muss personell besser ausgestattet  
702 werden, um im Krisenfall schnell reagieren zu können und im Normalfall ein umfangreiches  
703 Informations- und Beratungsangebot vorhalten zu können.

704 DIE LINKE. Neukölln fordert die finanzielle und personelle Sicherung und den Ausbau des  
705 öffentlichen Gesundheitsdienstes. Angebote der Gesundheitsvorsorge müssen vollständig  
706 gewährleistet werden. Dezentrale Beratungsangebote, wie zum Beispiel die Familienzentren und  
707 Suchtberatungsstellen müssen erhalten und ausgebaut werden, um niedrigschwellige Angebote zu  
708 den Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung erweitert werden

709 In Neukölln gibt es zu wenig Ärzt\*innen. Die Kassenärztliche Vereinigung gewährleistet keine  
710 flächendeckende Versorgung mit Fach- und Hausärzt\*innen. Hier muss der Bezirk den Aufbau  
711 eigener Versorgungsstrukturen vorantreiben. Wegweisend ist die Einrichtung einer Poliklinik mit  
712 angeschlossener Sozialberatung im Rollbergkiez durch das Gesundheitskollektiv Neukölln.

713 Häufig werden pflegende Angehörige nicht ausreichend unterstützt. Der Bezirk ist in der Pflicht,  
714 pflegende Angehörige kultursensibel zu beraten und zu unterstützen. Mehr und bessere  
715 Pflegeangeboten werden im Bezirk benötigt. DIE LINKE setzt sich für die Förderung von  
716 altersgemischten Wohngemeinschaften und Demenz-Wohngemeinschaften sowie den Ausbau  
717 staatlicher Pflegestützpunkte ein.

## 718 **Investitionen in das landeseigene Vivantes-Klinikum**

719 Nach jahrelanger Überlastung der Rettungsstelle des Vivantes Klinikums Neukölln wird jetzt in den  
720 Ausbau der Rettungsstelle und weiterer Bereiche investiert. Für die Beschäftigten des  
721 Krankenhauses haben sich die Bedingungen durch Personalabbau und Arbeitsverdichtung jedoch  
722 verschlechtert. Durch bundesweite Kampagnen und Kämpfe der Pflegebeschäftigten konnten  
723 zuletzt die Kosten der Pflege aus dem marktgesteuerten Finanzierungssystem herausgenommen  
724 werden. DIE LINKE. Neukölln hat sich an der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren für  
725 Gesunde Krankenhäuser beteiligt. DIE LINKE kämpft auch weiterhin gegen den Pflegenotstand  
726 und tritt für eine Verbesserung des Personalschlüssels in der Pflege und eine angemessene  
727 Bezahlung der Pflegekräfte ein. Investitionen in die Infrastruktur müssen erhöht werden. Jetzt  
728 kommt es auch darauf an, einen besseren Personalschlüssel durch Neubesetzungen und  
729 Ausbildungsoffensiven tatsächlich zu realisieren. Der Bezirk Neukölln soll sich für den Ausbau der  
730 Vorbereitungskurse für Pflegeberufe einsetzen und sich bei Bedarf auch finanziell daran beteiligen.

731 Die LINKE. Neukölln steht an der Seite der Beschäftigten in den ausgegliederten Tochterfirmen  
732 von Vivantes. Die durch die Gründung des landeseigenen Vivantes-Konzerns erfolgte  
733 Rechtsformprivatisierung der städtischen Krankenhäuser war ein Fehler und ist rückgängig zu  
734 machen. Sie ermöglichte den Aufbau einer Subunternehmerpyramide und Lohndumpings. Alle  
735 ausgegliederten Tochterfirmen sind wieder ins Unternehmen zurückzuführen. Für alle  
736 Mitarbeiter\*innen muss der Vivantes-Tarif gezahlt werden.

## 737 **Drogenpolitik: Beratung und Konsumräume ausbauen**

738 Das Drogenproblem in Neukölln kann durch eine Politik, die auf Repression setzt, nicht gelöst  
739 werden. Denn diese führt höchstens zu Verdrängung und Verlagerung der Drogenszene. Eine  
740 frühe Aufklärung über Sucht und Gesundheitsgefahren soll einen verantwortungsvollen Umgang  
741 ermöglichen. Der kontrollierte Verkauf von Drogen soll legalisiert werden. Insbesondere auf  
742 Initiative der LINKEN wurde in der Karl-Marx-Straße ein Drogenkonsumraum mit umfangreichem  
743 Beratungsangebot eingerichtet. Auf unser Drängen hin konnten zuletzt die Öffnungszeiten  
744 ausgeweitet werden. Dieses Angebot gilt es zu erweitern. Nur so kann erreicht werden, dass  
745 Drogenkonsum nicht auf Spielplätzen und Bahnhöfen stattfindet.

## 746 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 747 • Pflegenotstand stoppen: ein besserer Personalschlüssel und 500 Euro mehr Grundgehalt in der  
748 Pflege, Abschaffung des Fallpauschalensystems und der Zwei-Klassen-Medizin!
- 749 • Personelle Aufstockung im Gesundheitsamt! Sicherstellung der ambulanten Versorgung mit  
750 Fachärzt\*innen und Ausbau von Polikliniken!
- 751 • Pflegekräftemangel durch Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen bekämpfen



- 752 • Lohndumping und Ausgründungen im Gesundheitsbereich zurücknehmen und unterbinden!
- 753 • Beratungsangebote zur häuslichen Pflege und zur Gesundheitsvorsorge ausbauen
- 754 • Drogenkonsumräume und Suchtprävention ausbauen

## 755 **Politische Teilhabe und direkte Demokratie**

756

757 Ob beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld, dem Entscheid über die Zukunft der  
758 Wasserbetriebe, beim Begehren des Energietischs oder dem Volksbegehren Deutsche Wohnen &  
759 Co enteignen – die Berliner\*innen haben immer wieder gezeigt, dass sie bei wichtigen  
760 Entscheidungen mitbestimmen wollen. Die Mietenbewegung hat es geschafft, die Themen  
761 bezahlbare Mieten und Vergesellschaftung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Doch die rot-  
762 rot-grüne Koalition und insbesondere die SPD verzögert und blockiert immer wieder  
763 Entscheidungen. Damit muss Schluss sein. DIE LINKE. Neukölln will, dass die Bürger\*innen mehr  
764 direkte Entscheidungen – auch gegen die Mehrheit in den Parlamenten – treffen können. Deshalb  
765 ist DIE LINKE dafür, die Instrumente der direkten Demokratie zu vereinfachen und zu erweitern.  
766 Denn DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in der Politik wie in allen  
767 anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Und zwar im Bund, in Berlin und im Bezirk Neukölln.  
768 Auf Landesebene hat DIE LINKE durchgesetzt, dass Volksbegehren zeitnah vom Senat geprüft  
769 werden und zusammen mit Wahlen abgestimmt werden müssen. Außerdem gibt es nun eine  
770 Kostenerstattung und eine höhere Verbindlichkeit von direktdemokratischen Initiativen auf  
771 Bezirksebene.

772 In Neukölln wurde 2020 der erste bezirkswide Bürger\*innenentscheid organisiert, damit die  
773 Reinigung der Schulen in öffentliche Hand kommt – mit Erfolg. Jetzt muss der Entscheid auch  
774 umgesetzt werden. Die letzten Monate und Jahre haben gezeigt: Oft wird von den regierenden  
775 Parteien auch dann noch verzögert, wenn ein Entscheid erfolgreich war. Das muss aufhören – DIE  
776 LINKE. Neukölln macht weiter Druck.

777 Gegenwärtig sind viele Neuköllner\*innen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit von der Teilnahme an  
778 Volksentscheiden und Wahlen ausgeschlossen. DIE LINKE fordert gleiche demokratische Rechte  
779 für alle, die hier leben. Alle, die mindestens fünf Jahre hier wohnen, müssen an den Wahlen zu  
780 den Bezirksverordnetenversammlungen, zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag teilnehmen  
781 können. Dies gilt auch für die Teilnahme an Bürger\*innen- und Volksentscheiden.

## 782 **Bürger\*innenbeteiligung stärken, Verwaltung demokratisieren**

783 Die Möglichkeit für die Neuköllner Bevölkerung, sich an den Sitzungen der  
784 Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu beteiligen, soll ausgebaut werden. Alle Ausschüsse der  
785 BVV sollen in der Regel öffentlich tagen.

786 Das Recht der Neuköllner\*innen, Fragen an die BVV und das Bezirksamt zu stellen, soll  
787 ausgebaut werden. Mit Einwohner\*innenanträgen können Neuköllner\*innen ihre Anliegen zur  
788 Abstimmung in der Bezirksverordnetenversammlung stellen. Bürger\*innenbegehren und  
789 Bürger\*innenentscheide sollen vereinfacht werden. Die Möglichkeiten, rechtlich verbindliche

790 Bürger\*innenentscheide herbeizuführen, wollen wir verbessern. DIE LINKE. Neukölln unterstützt  
791 Initiativen und Privatpersonen bei der Anwendung dieser Instrumente der direkten Demokratie.

792 DIE LINKE setzt sich für eine transparente und nachvollziehbare Verwaltung ein. Deshalb  
793 unterstützt DIE LINKE. Neukölln den Volksentscheid Transparenz: Ämter und Behörden müssen  
794 kostenlos über Verträge, Gutachten usw. Auskunft erteilen.

795 Den Bezirken sollen politische Gestaltungsspielräume wie beispielsweise beim Jobcenter, bei  
796 Schwimmbädern und Krankenhäusern zurückgegeben werden. Die Berliner Bezirke haben die  
797 Einwohner\*innenzahlen von Großstädten. Deshalb sind weitere Entscheidungsbefugnisse vom  
798 Land an die Bezirke zu verlagern. Das Bezirksamt soll stärker als bisher durch die BVV kontrolliert  
799 werden können.

800 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 801 • Wahlrecht für alle, die hier leben!
- 802 • Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen auf Bezirksebene vereinfachen und ausweiten
- 803 • Bürger\*innenentscheide müssen für das Bezirksamt verbindlich sein
- 804 • Kompetenzen der Bezirksämter gegenüber dem Land stärken

805

## 806 **Bildung**

807

808 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen.

809 Doch noch immer ist in Deutschland der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verbunden.

810 Das zeigt sich in besonderem Maße in Neukölln. DIE LINKE. Neukölln setzt sich für ein

811 Bildungssystem ein, das jedem\*r Schüler\*in die gleichen Chancen auf persönliche Entwicklung,

812 Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Kern unserer Vorstellungen sind langes

813 gemeinsames Lernen, die Ausstattung von Schulen und Kitas nach ihrem tatsächlichen Bedarf und

814 eine Öffnung für neue Lernformen und -inhalte.

## 815 **Gemeinschaftsschulen ausbauen und zu Kiezzentren** 816 **weiterentwickeln**

817 Schule stellt einen zentralen Ort des Aufwachsens dar. Das trifft auf einen Stadtteil, in dem mehr

818 als die Hälfte der Schüler\*innen von Armut betroffen oder bedroht ist, besonders zu. Deswegen

819 und weil Schulen heute mehr sein müssen und wollen als nur Orte des ‚klassischen‘ Lernens,

820 müssen sie in die Lage versetzt werden, den Kindern und Jugendlichen weitreichende Angebote

821 zu machen. Deshalb soll der Ausbau von guten Ganztagschulen und qualitativen

822 Ganztagsangeboten im Kiez (in Kooperation mit Vereinen und Trägern vor Ort) weiter

823 vorangetrieben werden. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, qualitativ hochwertige und

824 passende Ganztagsangebote zu machen. Außerdem ist besonders auf den Ausbau der

825 Kapazitäten zur Essensversorgung zu achten, die mit der überhasteten Einführung des

826 beitragsfreien Mittagessens nicht an allen Schulen gegeben ist. Längeres gemeinsames Lernen

827 trägt dazu bei, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln und die Schüler\*innen

828 zu fördern. Deshalb treten wir für die flächendeckende Ausweitung von Gemeinschaftsschulen und

829 die Umwandlung aller Sekundarschulen und Gymnasien in Gemeinschaftsschulen ein. Ferner

830 erwarten wir im Rahmen der Schulbauoffensive, dass alle neu zu bauenden Schulen konzeptionell

831 als Gemeinschaftsschulen errichtet werden.

832 Schulnahe Kiezzentren für Schüler\*innen, Lehrende, Eltern und die Nachbarschaft sollen

833 kulturellen, sozialen und demokratischen Initiativen einen Ort der Kommunikation und des

834 Zusammenarbeitens ermöglichen, weshalb DIE LINKE sich für die Stärkung und den Ausbau

835 dieser einsetzt. Bei nichtkommerziellen Veranstaltungen in Schulen sollen keine Gebühren vom  
836 Bezirksamt für die Raumvergabe erhoben werden.

837 Schulstationen müssen weiter ausgebaut und dürfen in keinem Fall gekürzt werden. Hier hat sich  
838 kaum etwas getan. Die Sozialarbeit an Schulen muss besser entlohnt und gleichzeitig das  
839 Stundenbudget der Schulsozialarbeiter\*innen gesteigert werden.

## 840 **Inklusion und neue Lehrformen stärken**

841 Ein weiterer Pfeiler der demokratischen Bildung ist die Durchsetzung der inklusiven Schule, das  
842 heißt der gemeinsame Unterricht aller Schüler\*innen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer  
843 Nationalität, ihrer Religion oder einer Behinderung. Eine verantwortungsbewusste Einführung der  
844 Inklusion erfordert erhebliche personelle und bauliche Investitionen. Inklusion darf nicht als Chance  
845 zum Geldsparen genutzt werden.

846 DIE LINKE. Neukölln fordert für unseren Bezirk ein klares Bekenntnis zur Inklusion, d.h. die  
847 Schaffung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung jeder Schule entlang der  
848 (Unterstützungs-)Bedarfe von Schüler\*innen. Denn gut gemachte Inklusion kommt allen  
849 Schüler\*innen zugute. Inklusive Schule bedeutet eben nicht nur die Einbeziehung von  
850 Schüler\*innen mit Behinderung, sondern auch den gemeinsamen Unterricht von Kindern und  
851 Jugendlichen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Fähigkeiten. Hier gilt für Neukölln  
852 insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Sprachkompetenzen. Gerade in Neukölln ist  
853 eine gezielte Sprachförderung notwendig, die durch kleinere Klassen und zusätzliche  
854 Förderprogramme unterstützt werden muss.

855 DIE LINKE. Neukölln setzt sich dafür ein, Schulen nach ihren tatsächlichen Bedarfen für  
856 multiprofessionelle Teams zu öffnen. Dazu können Ergo- oder Logotherapeut\*innen,  
857 Theaterpädagog\*innen, aber auch Handwerker\*innen und Psycholog\*innen zählen. Zudem ist  
858 sicherzustellen, dass der schulpsychologische Dienst personell aufgestockt wird und alle offenen  
859 Stellen besetzt werden.

## 860 **Schulneubau und Sanierung**

861 Die Kapazitäten der Neuköllner Schulen müssen dem Bedarf der wachsenden  
862 Schüler\*innenzahlen gerecht werden. Hier sei u.a. auf das Schulbauprogramm zurückverwiesen,  
863 mit dessen Hilfe mehr Schulplätze geschaffen werden können. Die Auslagerung des Schulbaus an  
864 Dritte, zum Beispiel im Rahmen von öffentlich-privaten-Partnerschaften, lehnen wir ab. Schulbau  
865 ist eine zentrale Aufgabe der Bezirke und soll es auch bleiben.

866 Es ist pädagogisch unumstritten, dass helle und saubere Klassenräume eine große Bedeutung für  
867 Motivation und Lernerfolg haben. Bereits der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen  
868 lässt Rückschlüsse zu, welchen Stellenwert schulische Bildung derzeit genießt. Der aktuelle  
869 Sanierungsstau von 140 Millionen Euro im Neuköllner Schulbereich ist nicht hinnehmbar.  
870 Bröckelnde Fassaden, undichte Fenster und Türen, verschmutzte Klassenräume und Flure sowie

871 stinkende Toiletten sind in den Neuköllner Schulen keine Ausnahmerecheinungen. Zwar läuft  
872 derzeit ein Schulsanierungsprogramm. Dennoch ist der Sanierungsstau immens. DIE  
873 LINKE. Neukölln wird sich für den Ausbau des Schulsanierungsprogramms einsetzen und dafür,  
874 dass grundsätzlich die regelmäßigen finanziellen Zuweisungen für die Instandhaltung  
875 bedarfsgerecht steigen.

## 876 **Schule gegen Rassismus und Bundeswehrwerbung**

877 DIE LINKE. Neukölln stellt sich konsequent gegen jedwede Bundeswehrwerbung an Schulen, in  
878 deren Rahmen Jugendoffizier\*innen versuchen, die Unwissenheit von Jugendlichen auszunutzen.  
879 Gleichzeitig unterstützt DIE LINKE. Neukölln alle Projekte an Schulen, die sich gegen Rassismus  
880 und Diskriminierung und für Toleranz und ein kollektives, gemeinsames Miteinander einsetzen.  
881 Dabei kommt de\*r Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen eine wichtige Bedeutung zu.  
882 Leider erfahren viele Schüler\*innen Diskriminierungen durch Teile des Lehrpersonals und andere  
883 Beschäftigte an Schulen. Antidiskriminierungsbeauftragte für Schulen sind aufgrund ihrer  
884 eingeschränkten Möglichkeiten zurückgetreten. Das Personal des  
885 Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen muss aufgestockt und aufsuchende Schulsozialarbeit  
886 ausgeweitet werden, sodass Meldungen von Diskriminierungen für Schüler\*innen im Schulalltag  
887 vereinfacht und Schüler\*innen schneller geschützt werden.

## 888 **Kitaplatzausbau**

889 Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung ist für die Entwicklung eines Kindes von hoher  
890 Bedeutung, sowohl was die motorischen und erkennenden Fähigkeiten als auch was die sozialen  
891 und interkulturellen Kompetenzen angeht. Der Unterversorgung mit Kitaplätzen gilt es  
892 entgegenzuwirken. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Neukölln für eine zügige, aber planvolle  
893 wohnortnahe Aufstockung der Kitaplätze sowohl durch Erweiterung bestehender Einrichtungen als  
894 auch durch den Neubau von Kindertagesstätten ein. Es muss garantiert sein, dass alle Kinder –  
895 auch Kinder von Geflüchteten – ihr Anrecht auf einen Kitaplatz wahrnehmen können. Dies soll vor  
896 allem durch den Ausbau des kommunalen Kita-Eigenbetriebes Südost und eine höhere,  
897 angemessene Bezahlung der Erzieher\*innen geschehen. Zudem muss dringend der  
898 Personalschlüssel überprüft und angepasst werden, um die Arbeitsbelastung auf ein erträgliches  
899 und pädagogisch verantwortbares Niveau zu senken.

## 900 **Kinder- und Jugendarbeit sowie Familienförderung nachhaltig 901 stärken**

902 Die Einrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit sind ein wichtiger Bestandteil des  
903 Bildungsangebots. Neben den non-formalen und informellen Lernprozessen sind die Kinder- und  
904 Jugendfreizeiteinrichtungen gerade in Neukölln von großer Bedeutung, da der erweiterte soziale  
905 Raum für Kinder und junge Menschen, welche in beengten Wohnverhältnissen leben, besonders  
906 notwendig ist. Gerade in der Corona-Krise und vor allem während des Lockdowns und dem

907 dadurch verursachten Wegfall der Unterstützungsangebote trat die Bedeutung der offenen Kinder-  
908 und Jugendarbeit für die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien drastisch zutage.

909 Seit Jahren ist jedoch die Kinder- und Jugendarbeit in Neukölln chronisch unterfinanziert.  
910 Mangelhafte Ausstattung mit Personal, befristete Projekte ohne Möglichkeit der Dauerfinanzierung  
911 und ständig drohende weitere Kürzungen stellen die offene Kinder- und Jugendarbeit vor große  
912 Herausforderungen. Die Folgen sind eine Verschlechterung und Verringerung der Angebote, die  
913 drohende Schließung von Einrichtungen und Projekten sowie die zunehmende Prekarisierung der  
914 Arbeitsbedingungen der sozialpädagogischen Fachkräfte.

915 Die LINKE. Neukölln fordert eine bessere finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit in  
916 Neukölln. Das bedeutet die Schaffung weiterer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und eine  
917 dauerhafte Verbesserung der personellen- sowie Sachmittelausstattung der Kinder- und  
918 Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger und des Jugendamtes. Die Neuköllner Kinder- und  
919 Jugendarbeit braucht ausreichende, langfristige und sichere Finanzierung, um die Kinder und  
920 jungen Menschen wirksam und nachhaltig zu unterstützen.

## 921 **Rekommunalisierung der Schulreinigung**

922 DIE LINKE. Neukölln unterstützt die Forderung der Initiative Schule in Not nach der  
923 Rekommunalisierung der Schulreinigung, um angenehme Lernorte und gute Arbeitsbedingungen  
924 zu ermöglichen. Sie fordert, dass der Anteil der Eigenreinigung von 2021 an mit jedem Schuljahr  
925 gesteigert wird, um 2026 schließlich vollständig rekommunalisiert zu sein.

## 926 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 927 • Flächendeckender Ausbau von qualitativ guten Ganztagsangeboten und Gemeinschaftsschulen  
928 mit Orten der Begegnung für die Eltern- und Nachbarschaft
- 929 • Mehr Sozialarbeit an den Schulen: jede Schule braucht eine personell gut ausgestattete  
930 Schulstation!
- 931 • Außerschulische Unterstützung und Jugendämter personell stärken
- 932 • Inklusion und gute Bildung für alle mit erheblichen personellen und baulichen Investitionen  
933 umsetzen
- 934 • Bundeswehrwerbung an Schulen verbieten
- 935 • Offene Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig stärken: Dauerhaft mehr Personal und sichere  
936 Finanzierung!

## 937 **Kultur**

938  
939 Neukölln verfügt über eine reiche Kulturlandschaft. Viele staatliche und private Kulturinstitutionen  
940 prägen das gesellschaftliche Leben des Bezirks. Neukölln ist zu einem Anziehungspunkt für die  
941 freie Kunst- und Kulturszene geworden. Und nicht zuletzt verfügt Neukölln mit seinen aus über 160  
942 Nationen stammenden Einwohner\*innen über eine große kulturelle Vielfalt. DIE LINKE will diesen  
943 kulturellen Reichtum fördern und zur Geltung bringen. Das bedeutet für uns, dass wir den Zugang  
944 zu kulturellen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen vereinfachen, migrantische Kulturen  
945 stärken und Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Kulturangeboten bauen wollen.

### 946 **Ausbau der Kulturangebote**

947 Die öffentlichen und privaten Einrichtungen, von den Galerien im Körnerpark und im Saalbau, der  
948 Neuköllner Oper, dem Comenius-Garten, dem Gutshof Schloss Britz mit der Neukölln-Bibliothek,  
949 dem Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bis zur Rudower Schule, von der Musikschule Paul  
950 Hindemith mit ihren Standorten bis zur Volkshochschule Otto Suhr, sind für das kulturelle Leben  
951 des Bezirks unverzichtbar und sollen weiter ausgebaut werden. Insbesondere im Neuköllner  
952 Norden muss das Kulturangebot gestärkt werden. Besonders wichtig ist die Erweiterung der  
953 Helene-Nathan-Bibliothek. Nordneuköllner Schüler\*innen haben häufig nicht genug Raum zum  
954 Lernen und Lesen. Deshalb wollen wir prüfen, ob mit Außenstellen fußläufig erreichbare  
955 Kiezbibliotheken geschaffen werden können. Der Medientat der Bibliotheken muss ausgeweitet  
956 werden. Bei der Medienbeschaffung soll die sprachliche und kulturelle Vielfalt Neuköllns  
957 berücksichtigt werden. Die Musikschule muss ausreichend finanziert werden. Die prekäre  
958 Beschäftigung von Musiklehrer\*innen über schlecht bezahlte Honorarverträge muss zu Gunsten  
959 sozialversicherungspflichtiger Anstellung beendet werden.

960 Trotz einer größer werdenden Zahl an Kultur- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in  
961 Gropiusstadt gibt es immer noch ein Unterangebot. Nicht zuletzt deshalb haben sich die  
962 Gropiuspassagen zu „Berlins größtem Jugendclub“ entwickelt. Hier wollen wir ein durch  
963 Sozialarbeit begleitetes Freizeit- und Kulturangebot schaffen.

### 964 **Kulturelle Freiräume schützen**

965 Die freie Kunst- und Kulturszene leistet einen wertvollen Beitrag für das interkulturelle  
966 Zusammenleben in Neukölln. Allerdings ist es für Kunst- und Kulturschaffende immer schwieriger  
967 geworden, geeignete Räumlichkeiten zum Wohnen und Arbeiten zu finden. Wohn- und  
968 Gewerbemieten müssen deshalb durch öffentliche Interventionen niedrig gehalten bzw. abgesenkt  
969 werden. Kulturelle Freiräume, Orte der Selbstorganisation von Kunst- und Kulturschaffenden  
970 müssen erhalten und geschützt werden. Insbesondere die Clubkultur ist wegen Corona und den  
971 steigenden Gewerbemieten bedroht. In ganz Berlin werden Clubs, die einer für Berlin prägenden



972 Community Freiräume bieten, verdrängt. Neukölln setzt sich für den Fortbestand der Neuköllner  
973 Clubs ein.

## 974 **Soziale und kultursensible Kulturförderung**

975 DIE LINKE fordert, dass alle öffentlichen Kulturangebote ausreichend finanziert werden. Die  
976 Regelfinanzierung muss angehoben werden. Insbesondere den kommunalen Bibliotheken muss  
977 mehr Personal und Geld zur Verfügung gestellt werden. Kunst im öffentlichen Raum ist zu fördern.  
978 Berufliche Beratungsangebote für Kunstschaffende müssen ausgebaut werden. Die Mittel für  
979 bezirkliche Kulturarbeit, insbesondere für Künstler\*innenförderung und interkulturelle Kulturarbeit,  
980 sind bei den Zuweisungen des Landes Berlin an den Bezirk zu erhöhen. Dabei sind sowohl  
981 Multiethnizität als auch Armut zu berücksichtigen, die in den Sozialplanungsdaten als  
982 Anerkennung von sozialen Brennpunkten ausgewiesen sind. Weil die Förderung dezentraler  
983 Kulturarbeit durch das Kulturamt von großer Bedeutung für den Bezirk ist, tritt DIE LINKE für die  
984 Unterstützung nichtstaatlicher Einrichtungen und Angebote ein, zum Beispiel der Neuköllner Oper  
985 oder dem Festival 48 Stunden Neukölln. Dabei richten wir uns entschieden gegen den Einsatz von  
986 Hartz-IV-Betroffenen im Rahmen von 1-Euro-Jobs oder anderen prekären Maßnahmen.

987 DIE LINKE. Neukölln tritt dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich künstlerisch betätigen  
988 können. In Kitas, Schulen und Jugendzentren sollen künstlerische Angebote ausgebaut werden.  
989 Proben- und Auftrittsmöglichkeiten für Bands, die sich in Selbstinitiative Jugendlicher gebildet  
990 haben, sind zu unterstützen. Das Angebot an Kreativräumen ist zu erweitern. DIE LINKE tritt für  
991 eine Förderung des Breitensports ein. Das bedeutet auch gemeinsamen Sport für Menschen mit  
992 und ohne Behinderung.

## 993 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 994 • Ausbau der Kulturangebote: insbesondere die Helene-Nathan-Bibliothek muss erweitert werden!
- 995 • Öffentliche Interventionen zum Schutz von Kulturschaffenden vor steigenden Gewerbemieten
- 996 • Sicherung der Neuköllner Clubszene durch Hygienekonzepte und Bereitstellung von Freiflächen
- 997 • Kulturpolitik auf sichere Grundlage stellen: Kulturentwicklungsplan aktualisieren
- 998 • Kulturförderung soll soziale Lage und kulturelle Vielfalt berücksichtigen!
- 999 • Keine Ausbeutung durch prekäre Beschäftigung im Kulturbereich
- 1000 • Kulturangebote für Kinder und Jugendlichen ausbauen

## 1001 **Gleichstellung von Frauen\* und LGBTQI\*-Personen**

1002  
1003 Noch immer erhalten Frauen zwanzig Prozent weniger Lohn als Männer. Viele Frauen\* arbeiten in  
1004 unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, fast die Hälfte aller Frauen\* arbeitet in Teilzeit. Diese  
1005 Benachteiligung im Erwerbsleben führt dazu, dass viele Frauen\* nicht in der Lage sind, ein  
1006 Einkommen zu erarbeiten, das zum Leben reicht, und daher vom Staat oder der Familie abhängig  
1007 sind. Jede dritte Alleinerziehende muss von Hartz IV leben. Das neoliberale Konzept der  
1008 Bedarfsgemeinschaft, bei dem Einkommen von anderen Personen aus dem Haushalt bei  
1009 Transferleistungen angerechnet werden, treibt Frauen\* ebenfalls in die Abhängigkeit von  
1010 Partner\*innen und Familie. All das führt dazu, dass Frauen\* auch überproportional von Altersarmut  
1011 betroffen sind. Zudem erledigen Frauen\* siebzig Prozent der unbezahlten Haus- und Pflegearbeit.  
1012 Insbesondere die Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch die Geburt und Betreuung von Kindern  
1013 führt dazu, dass Frauen\* schwieriger gut bezahlte Vollzeitarbeitsplätze bekommen.

1014 DIE LINKE. Neukölln unterstützt betriebliche Kämpfe von Frauen\* für gerechte Bezahlung und  
1015 bringt sich aktiv in bestehende Auseinandersetzungen, zum Beispiel im Bereich der Pflege am  
1016 Neuköllner Krankenhaus oder im Rahmen der Initiative Schule in Not, die für gute  
1017 Arbeitsbedingungen für Reinigungskräfte an Schulen kämpft, ein. Den Kampf gegen die schlechte  
1018 Bezahlung von Frauen\*, queeren Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte verstehen  
1019 wir auch als Angriff auf die kapitalistische Strategie, mit der Schlechterbezahlung benachteiligter  
1020 Gruppen Löhne insgesamt zu drücken und Beschäftigte zu spalten.

## 1021 **Die Frauenquote ist ein Anfang**

1022 Auch in Parlamenten und öffentlichen Ämtern sind Frauen\* unterrepräsentiert. In der aktuellen  
1023 Bezirksverordnetenversammlung in Neukölln ist der Frauen\*anteil zwar höher als in Landes- oder  
1024 Bundesparlamenten, allerdings beträgt er mit 41 Prozent der Abgeordneten immer noch weniger  
1025 als die Hälfte. Um dem entgegenzuwirken, tritt DIE LINKE. Neukölln für eine Frauen\*quote von  
1026 mindestens fünfzig Prozent in allen Gremien auf Bezirksebene ein.

1027 Quoten können wichtige Instrumente sein, um die Vertretung aller Geschlechter zu gewährleisten.  
1028 Unser Ziel ist allerdings nicht ein Feminismus nur für reiche und privilegierte weiße Frauen, der  
1029 sich in Forderungen wie „Mehr Frauen in die Vorstände von DAX-Konzernen“ äußert. Wir wollen  
1030 nicht das bestehende System mit mehr Diversität verzieren. Uns geht es darum, Ungleichheit und  
1031 Benachteiligung zu bekämpfen; mit dem Ziel einer gerechten Gesellschaft für alle.

1032 Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht sehen wir daher im Zusammenhang mit Rassismus  
1033 und Klassenunterschieden.

1034 Wir fordern eine ersatzlose Streichung von §§ 218ff StGB. Es wird endlich Zeit, die  
1035 Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs aufzuheben. Gleichzeitig solidarisiert sich DIE  
1036 LINKE. Neukölln mit Frauen\* und Betroffenen, die ungewollt schwanger sind. Dazu gehört die

1037 Mobilisierung zum 08. März und die Unterstützung bei Gegendemonstrationen von rechten  
1038 Aufmärschen (wie der sog. „Marsch für das Leben“). Im Bezirk Neukölln soll sich verstärkt für  
1039 niedrigschwellige Beratungsangebote und für kostenlose Verhütungsmittel eingesetzt werden. In  
1040 Pandemiezeiten sollte der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch durch eine Aussetzung der  
1041 Beratungspflicht aus § 218 a Abs. 1 StGB vereinfacht werden.

## 1042 **Kampf gegen frauen\*feindliche und antifeministische** 1043 **Ideologien**

1044 Das bundesweite Erstarken von rechten Kräften innerhalb und außerhalb der Parlamente bedeutet  
1045 auch eine Bedrohung für zentrale feministische Errungenschaften. Die AfD ist mittlerweile in allen  
1046 Landesparlamenten vertreten und verbreitet mit Schlagwörtern wie „Genderwahn“ ihre  
1047 queerfeindliche und antifeministische Hetze. In den Ideologien der neuen Rechten vermengen sich  
1048 rassistische und antifeministische Elemente, was nicht zuletzt die Drohbriefe des NSU 2.0, von  
1049 deren Morddrohungen auch Neuköllner Linkspolitikerinnen betroffen waren, auf entsetzliche Weise  
1050 deutlich gemacht haben.

1051 Die LINKE. Neukölln beteiligt sich an Aktionen gegen die AfD, gegen den „Marsch für das Leben“  
1052 und tritt für einen offenen Umgang mit Themen der sexuellen Vielfalt an Schulen ein. Stereotype,  
1053 wie Frauen und Männer zu sein haben, sind immer noch tief verankert in der Gesellschaft. Sie  
1054 bilden die Grundlage, auf der Sexismus und Diskriminierung gedeihen können. Deshalb fordert  
1055 DIE LINKE. Neukölln, dass bereits in Kitas und Grundschulen pädagogische Konzepte umgesetzt  
1056 werden, die einengende Rollenbilder hinterfragen.

## 1057 **Vielfalt stärken: queeres Neukölln.**

1058 Neukölln hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem zentralen Ort der queeren  
1059 Community in Berlin entwickelt und das ist auch gut so! Als DIE LINKE. Neukölln betrachten wir  
1060 die zahlreichen LGBTQI\*-Initiativen, Treffpunkte und Begegnungsorte in unseren Nachbarschaften  
1061 als lebenswichtige Infrastruktur und wollen sie, vor allem angesichts der rasant steigenden  
1062 Mieterhöhungen, schützen und fördern. Einen besonderern Schwerpunkt legen wir auf die  
1063 Unterstützung von Projekten, die marginalisierte Stimmen innerhalb der LGBTQI\*-Community  
1064 hörbar machen - insbesondere Queers of Color, Trans\*Menschen und andere, die von  
1065 Mehrfachdiskriminierung betroffen sind.

1066 Auch in Neukölln sind besonders Menschen, die sich nicht in der binären Geschlechterordnung  
1067 wiederfinden können oder wollen und/oder jenseits der heteronormativen Ordnung begehren,  
1068 tägliche Anfeindungen bei der Arbeit oder in der Schule wie auch verbalen und physischen  
1069 Übergriffen ausgesetzt. DIE LINKE. Neukölln setzt sich für eine Förderung und Sichtbarmachung  
1070 sexueller Vielfalt ein, will in Zusammenarbeit mit queeren Initiativen Graswurzel-Strategien planen,  
1071 die die Sicherheit vor homophober, trans\*phober und rassistischer Gewalt für alle Anwohner\*innen

1072 Neuköllns garantieren. Beratungsstellen und Einrichtungen der Gewaltprävention sind hierbei auch  
1073 wichtige Ansprechpartner.

## 1074 **Geschlechtergerechte und ermächtigende Jugendarbeit**

1075 Damit Frauen\* und queere Menschen, Menschen mit Behinderungen und von Rassismus  
1076 betroffene Menschen sowie vor allen Dingen Jugendliche, welche diese Art von Diskriminierungen  
1077 erfahren, die Gesellschaft aktiv mitgestalten können, braucht es Orte der Selbstermächtigung.  
1078 Doch die Finanzierung vieler solcher Projekte im Bezirk ist nicht gesichert. DIE LINKE. Neukölln  
1079 setzt sich für den finanziellen und personellen Ausbau der Frauen\*- und Mädchen\*projekte in  
1080 Neukölln ein sowie für Jugendprojekte, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit  
1081 auseinandersetzen. Bei solchen Einrichtungen und Projekten ist es zentral, dass sie  
1082 rassismuskritisch arbeiten, so dass alle Jugendlichen sich in Neukölln willkommen und verstanden  
1083 fühlen.

## 1084 **Schutz vor sexualisierter Gewalt**

1085 Etwa jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau\*, zumeist durch ihren Partner oder Ex-  
1086 Partner, ermordet. Jede dritte Frau\* erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt. Geflüchtete  
1087 Frauen\* in Sammelunterkünften sind aufgrund des Platzmangels und der fehlenden  
1088 Rückzugsmöglichkeiten besonders davon betroffen. Auch queere Menschen werden täglich Opfer  
1089 physischer und psychischer Übergriffe.

1090 Solange es Gemeinschaftsunterkünfte gibt, muss es geschützte und abgetrennte Wohnbereiche  
1091 für geflüchtete Frauen\* mit und ohne Kinder geben. Zusätzlich setzt sich DIE LINKE. Neukölln für  
1092 den Schutz obdachloser Frauen\* ein, da sie aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten besonders  
1093 von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Es ist höchste Zeit, bestehende Projekte finanziell besser  
1094 auszustatten, umfassende Daten zu erheben und die Wohnungsnot durch die Förderung sozialen  
1095 Wohnungsbaus zu beenden.

## 1096 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1097 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle!
- 1098 • Eine Frauen\*quote von mindestens fünfzig Prozent in allen Gremien auf Bezirksebene
- 1099 • Pädagogische Konzepte zu Themen der sexuellen Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit an  
1100 Kitas, Schulen und Jugendzentren
- 1101 • Entwicklung von Strategien zum Schutz von Betroffenen von homophober und trans\*phober  
1102 Gewalt
- 1103 • Ausbau von Mädchen\*projekten und Förderung von Jugendprojekten zur  
1104 Geschlechtergerechtigkeit
- 1105 • Bessere Finanzierung von Frauenhäusern und anderen Notfalleinrichtungen

- 1106 • Ersatzlose Streichung von §§ 218 ff StGB (v.a. Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch und
- 1107 Werbeverbot) und eine Solidarisierung mit Betroffenen auf Bezirksebene

## 1108 **Solidarisches Zusammenleben – Kampf gegen rechts**

1109

1110 Neukölln ist seit seiner Gründung von Einwanderung geprägt. Gegenwärtig leben hier Menschen  
1111 aus mehr als 160 Nationen. In Nord-Neukölln haben vier von fünf Kindern und Jugendlichen und  
1112 über 47 Prozent der Neuköllner\*innen insgesamt eine Migrationsgeschichte. DIE LINKE. Neukölln  
1113 sieht die Vielfalt an Sprachen, Kulturen, Migrationsgeschichten und Religionen als die Stärke  
1114 unseres Bezirks an. Die Voraussetzung dafür, dass Neukölln weiter als zentraler Ort seiner  
1115 migrantischen Gesellschaft wächst, ist, dass alle Anwohner\*innen diskriminierungsfrei am  
1116 politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Das ist leider bis  
1117 heute nicht der Fall.

1118 Dabei spielt Rassismus eine große Rolle. Mit Rassismus meinen wir nicht nur individuelle  
1119 Vorurteile, sondern eine Struktur, in der Menschen aufgrund der ihnen zugeschriebenen  
1120 Abstammung bestimmte Vor- oder Nachteile erfahren. Viele Menschen aus Neukölln bekommen  
1121 schon wegen ihres nicht deutsch klingenden Namens nur schwer eine Arbeit oder eine Wohnung.  
1122 Rassismus ist kein Fehler im System, sondern Teil eines Systems, das auf Ausbeutung basiert.  
1123 Rassismus hat darin die Funktion, soziale Konflikte zu verschleiern und Sündenbocke zu  
1124 benennen. Deshalb wehrt sich DIE LINKE. Neukölln gegen jeden Versuch, Armut, soziale  
1125 Probleme und mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten durch Herkunft oder eine vermeintlich „fremde  
1126 Kultur“ zu erklären. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Herkunft und der soziale Hintergrund  
1127 maßgeblich über den Bildungsweg und den Beruf der Menschen in Deutschland entscheiden.  
1128 Unzureichende Bildungsgerechtigkeit und fehlende Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung,  
1129 Rassismus im Alltag und Ghettoisierung sowie die überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit und  
1130 Armut bei Menschen mit Migrationsgeschichte behindern eine gleichberechtigte Beteiligung am  
1131 gesellschaftlichen Leben. Statt mehr ökonomischer und gesellschaftlicher Sanktionen, mehr  
1132 bürokratischer Hindernisse, mehr Polizeipräsenz, brauchen wir Bildung, Unterstützung und  
1133 Förderung der demokratischen Teilhabe.

1134 **Rechte Strukturen zerschlagen, Neukölln-Komplex aufklären**  
1135 Auch in Neukölln gibt es Kräfte, die soziale Missstände ausnutzen, um nationalistische und  
1136 rassistische Propaganda zu verbreiten. Neben der NPD hetzt vor allem die extrem rechte Partei  
1137 AfD gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Black, People of Color und besonders gegen  
1138 Geflüchtete und Muslime. Unter Mithilfe eines Teils der Medien und von führenden Politiker\*innen  
1139 verschiedener Parteien versuchen die rechten Kräfte, die Bevölkerung nach Hautfarbe, Herkunft  
1140 und Religion zu spalten. DIE LINKE. Neukölln stellt sich gegen Rassismus und nationalen  
1141 Chauvinismus. Insbesondere Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus  
1142 bedrohen viele unserer Mitbürger\*innen im Alltag. Wir kämpfen dagegen, dass Menschen mit  
1143 vermeintlicher oder tatsächlicher Migrationsgeschichte diskriminiert werden.

1144 Im Kampf gegen Nazis und Rechtspopulist\*innen wirbt DIE LINKE. Neukölln für breite Bündnisse  
1145 mit dem Ziel, sich rassistischen und nationalistischen Aufmärschen und Veranstaltungen  
1146 entgegenzustellen.

1147 In der BVV fordert DIE LINKE. Neukölln von allen demokratischen Parteien ein klares Bekenntnis  
1148 gegen nationalistische und rassistische Umtriebe in unserem Bezirk. Wir haben uns für die  
1149 Gedenkstätte für den mutmaßlich von Rechtsradikalen ermordeten Burak Bektas eingesetzt. Wir  
1150 haben den Vorschlag vom Frauennetzwerk Neukölln und der Anwohner\*inneninitiative „Hufeisern  
1151 gegen Rechts“ unterstützt, die Stadtteilbibliothek nach der antifaschistischen Lehrerin und  
1152 Künstlerin Margareta Kubicki zu benennen.

1153 Seit Jahren durchzieht eine rechte Terrorserie den Bezirk. Die zahlreichen Betroffenen aus der  
1154 engagierten Zivilgesellschaft sowie Freunde, Bekannte und Nachbar\*innen haben sich in Initiativen  
1155 wie Rudow empört sich oder Basta organisiert und fordern eine rasche Aufklärung der  
1156 Anschlagsserie. Doch bis heute konnte keine einzige Straftat im Zusammenhang mit der  
1157 Terrorserie aufgeklärt werden. Stattdessen sind im Zuge von antifaschistischen Recherchen, durch  
1158 erhöhtes Interesse der Medienöffentlichkeit aufgrund der Anschläge in Kassel und Hanau sowie  
1159 dem Abrufen von sensiblen Daten von Polizeicomputern im Zusammenhang mit den Drohmails  
1160 des NSU 2.0 Verbindungen der rechten Szene Neuköllns in die Berliner Polizei und Justiz bekannt  
1161 geworden. Diese rechten Strukturen in den Sicherheitsbehörden müssen schonungslos aufgedeckt  
1162 und zerschlagen werden. Die Verantwortlichen der Terrorserie müssen ermittelt und zur  
1163 Verantwortung gezogen werden. Das Versagen der Behörden bei der Aufklärung der Straftaten  
1164 muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Dazu gehört  
1165 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und ggf. ein\*e Sonderermittler\*in sowie  
1166 weitreichende Konsequenzen für die Arbeit und Organisation der Sicherheitsbehörden.

1167 **Kopftuchverbot abschaffen! Mehrfachdiskriminierung**  
1168 **beenden.**

1169 Frauen\* mit Migrationsgeschichte, kopftuchtragende Muslimas und Jüd\*innen sind, zusätzlich zur  
1170 geschlechterbedingten Benachteiligung, rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen  
1171 ausgesetzt. Stereotype Erzählungen erklären Frauen\* of Colour, Frauen\* mit Migrationsgeschichte  
1172 und Muslim\*innen häufig zu Opfern, die es ihrer Kultur zu entreißen gilt. Ihre eigenen Erfahrungen  
1173 werden selten gehört. Häufig werden dabei vermeintlich „feministische Argumente“  
1174 instrumentalisiert, um Rassismus zu schüren. Das gilt zum Beispiel für das Kopftuchverbot im  
1175 öffentlichen Dienst.

1176 DIE LINKE. Neukölln ist gegen ein Kopftuch- oder Kippverbot, denn es stigmatisiert Menschen  
1177 insbesondere muslimischen Glaubens als vermeintliche Bedrohung und erschwert muslimischen  
1178 Frauen die politische und gesellschaftliche Teilhabe. Zwar hat das Bundesarbeitsgericht das  
1179 Verbot von religiösen Symbolen in öffentlichen Schulen, wie es im Berliner Neutralitätsgesetz  
1180 vorgesehen ist, gekippt. Dennoch hält die SPD weiter an dem diskriminierenden Gesetz fest. Das  
1181 schränkt Frauen mit Kopftuch bei der Arbeitsplatzwahl weiterhin ein und bereitet rassistischer  
1182 Diskriminierung im Alltag den Boden.

1183 Wir denken, dass die staatliche Neutralität ein wichtiges Gut ist, das sich nicht in  
1184 Bekleidungsvorschriften ausdrücken sollte. Diskriminierendes Gedankengut sieht man einem  
1185 Repräsentanten des Staats nicht unbedingt an. Die zuvor erwähnten rechten Strukturen in den  
1186 Sicherheitsbehörden zeigen, dass der Staat ein großes Problem bei der verfassungskonformen  
1187 Gesinnung und der Neutralität eines Teils seiner Beamt\*innen hat. Die Debatte um die Neutralität  
1188 von kopftuchtragenden Muslimas in Schule und Justiz lenkt von diesen tiefgreifenden Problemen  
1189 ab. Für eine echte Neutralität in unseren Behörden braucht es Vielfalt. Frauen\* muslimischen  
1190 Glaubens, gläubige Jüd\*innen und Angehörige anderer Religionen können einen wichtigen Beitrag  
1191 dazu leisten.

## 1192 **Vielfalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens**

1193 Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz soll für eine „interkulturelle Öffnung“ der  
1194 Institutionen und die Erhöhung der Beschäftigtenzahl mit Migrationshintergrund gemäß ihrem  
1195 Anteil an der Berliner Bevölkerung sorgen. Im Jahr 2018 wurde es auf den Prüfstand gestellt. Im  
1196 Ergebnis zeigte sich, dass das Gesetz wenig konkrete Umsetzungsinstrumente vorsieht. DIE  
1197 LINKE. Neukölln fordert deshalb eine Überarbeitung des Gesetzes mit klaren Zielvorgaben sowie  
1198 Kontrollmechanismen.

1199 Rund 47 Prozent der Neuköllner\*innen haben eine Migrationsgeschichte und berlinweit beträgt die  
1200 Anzahl der Menschen mit Migrationsgeschichte 35 Prozent. Noch immer sind Menschen mit  
1201 Migrationsgeschichte und rassistisch diskriminierte Menschen nicht in allen Bereichen des  
1202 Öffentlichen Lebens vertreten. Beispielsweise beträgt der Anzahl der Beschäftigten mit  
1203 Migrationsgeschichte in der Berliner Verwaltung 12 Prozent. In Berlin und vor allem auch in  
1204 Neukölln muss die Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst



1205 ausgebaut und auf den Anteil an der Gesamtbevölkerung angehoben werden. Dazu gehört auch  
1206 die Beschäftigung von staatlich geprüften Dolmetscher\*innen.

1207 Einige Bezirkspolitiker der SPD und CDU halten an der Tradition des anti-muslimischen  
1208 Rassismus von Heinz Buschkowsky fest. So wurde die Stelle der Integrationsbeauftragten ohne  
1209 den Migrationsbeirat – wie zuletzt durch den Bürgermeister Martin Hikel geschehen – mit einer  
1210 hochumstrittenen Person besetzt. Der Migrationsbeirat soll deshalb ein Vetorecht bekommen und  
1211 damit endlich ernsthaft an der Entwicklung eines bunten und antirassistischen Bezirks für alle  
1212 beteiligt werden.

1213 DIE LINKE setzt sich für eine leichtere Einbürgerung, die Möglichkeit einer doppelten  
1214 Staatsbürgerschaft und für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Im Ausland  
1215 erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen anerkannt werden. DIE LINKE will ein aktives  
1216 und passives Wahlrecht, abhängig nicht von der Staatsbürgerschaft, sondern vom  
1217 Lebensmittelpunkt.

1218 Neben alleinerziehenden Frauen und Menschen mit Behinderung werden vor Menschen mit  
1219 tatsächlicher oder vermeintlicher Migrationsgeschichte am Arbeitsmarkt benachteiligt.

1220 Anonymisierte Bewerbungsverfahren, wie sie beispielsweise in Großbritannien längst Standard  
1221 sind, bedeuten einen kleinen Schritt hin zu weniger Diskriminierung bei der Arbeitssuche. DIE  
1222 LINKE. Neukölln fordert, dass das Bezirksamt Neukölln auf anonymisierte Bewerbungsverfahren  
1223 umsteigt, und befürwortet entsprechende Bemühungen in Neuköllns Unternehmen.

1224 Die Neuköllner Stadteilmütter leisten durch Beratung und Informationen einen wichtigen Beitrag  
1225 zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Ihre Arbeit muss mit  
1226 unbefristeten, regulären Arbeitsverträgen fortgesetzt und ausgebaut werden.

1227 Das Landesantidiskriminierungsgesetz aus dem Jahr 2020 ist ein wichtiger Schritt hin zu weniger  
1228 Diskriminierung durch öffentliche Stellen. Jetzt kommt es darauf an, von Diskriminierung betroffene  
1229 Personen über ihre Rechte zu informieren und sie effektiv zu beraten. Die Position der  
1230 Landesantidiskriminierungsbeauftragten muss deshalb gestärkt und bedarfsorientiert ausgebaut  
1231 werden. Auch der Bezirk soll eine\*n Antidiskriminierungsbeauftragte\*n bekommen. Hierbei ist auf  
1232 einen intersektionalen Ansatz zu achten, um auch Mehrfachdiskriminierung beispielsweise in  
1233 Verbindung mit der sexuellen Identität zu berücksichtigen.

## 1234 **Rassistische Clandebatte und Razzien in migrantischem** 1235 **Gewerbe: Schluss mit Racial Profiling!**

1236 Seit 2018 ist der Druck auf Neuköllner\*innen durch ständige und massive Polizeipräsenz stark  
1237 gestiegen. Schwerebewaffnete Razzien in Shishabars, rabiate Durchsuchungen von Spätis oder  
1238 Barbershops, ständige und schikanöse Verkehrskontrollen richten sich gegen das migrantisch

1239 geführte Gewerbe, gegen migrantische und migrantisierte Menschen. Über 450 Polizeirazzien in  
1240 Shishabars und Friseurläden mit schätzungsweise mehr als 46.000 Polizeieinsatzstunden sind die  
1241 traurige Bilanz dieser Kampagne. Hierbei wird die Debatte um die sogenannte „Clan-Kriminalität“  
1242 genutzt, um die massive Repression zu rechtfertigen. Aber die „Jahresbilanz Clankriminalität 2019“  
1243 der Polizei Berlin zeigt, dass das Phänomen künstlich aufgebauscht wird und auf rassistischen  
1244 Prämissen beruht. So ist die Rede von der Kriminalität „arabischstämmiger Strukturen“, die  
1245 Definition von „Clankriminalität“ beruht auf schwammigen Aussagen und rassistischen  
1246 Stereotypen, wie „Parallelgesellschaft“ und „mangelnder Integrationsbereitschaft“. Die mit der  
1247 Clandebatte einhergehende rassistische Hetze hat dazu geführt, dass sich ein Rechtsradikaler  
1248 entschieden hat, in Hanau neun Menschen in einer Shishabar zu töten. Die Clandebatte führt zu  
1249 Kriminalisierung aufgrund des Nachnamens und verstärkt antiarabischen Rassismus. Gemeinsam  
1250 mit der Initiative Kein Generalverdacht hat DIE LINKE. Neukölln gegen die Clan-Razzien  
1251 protestiert und mit Betroffenen gesprochen. DIE LINKE. Neukölln fordert ein Ende der Clandebatte  
1252 und den Ausstieg des Bezirks Neukölln aus der Praxis der Razzien.

1253 Das Racial Profiling, die ständige Schikane und die Gewalt gegen People of Color oder mit  
1254 Migrationsgeschichte im Rahmen der Clandebatte gliedern sich ein in das größere Problem von  
1255 strukturellem Rassismus und rechten Strukturen bei der Polizei. DIE LINKE fordert die  
1256 Aufarbeitung und ein konsequentes Vorgehen gegen diese Strukturen! Das beinhaltet auch eine  
1257 unabhängige und wissenschaftliche Studie über den strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei.

## 1258 **Koloniale Vergangenheit aufarbeiten**

1259 Die koloniale Vergangenheit wurde in Neukölln bei der Diskussion um die Umbenennung der  
1260 Wissmannstraße sichtbar. DIE LINKE. Neukölln begrüßt die Umbenennung und fordert, dort und  
1261 an anderen geeigneten Orten Schautafeln aufzustellen, die über die deutsche Kolonialgeschichte  
1262 informieren.

## 1263 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1264 • Das Landesantidiskriminierungsgesetz mit Aufklärungs- und Beratungsangeboten in den  
1265 Schulen und Behörden stärken
- 1266 • Ein\*e Antidiskriminierungsbeauftragte\*n für Neukölln mit intersektionalem Ansatz
- 1267 • Das Ende der rassistischen Clandebatte und eine diskriminierungsfreie Behandlung des  
1268 migrantischen Gewerbes!
- 1269 • Das Ende des Kopftuchverbots: muslimische Frauen mit Kopftuch haben ein Recht auf Arbeit!
- 1270 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst
- 1271 • Schluss mit dem rechten Terror in Neukölln!
- 1272 • Einen Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der rechten Anschläge gegen  
1273 antifaschistische Aktivist\*innen

- 1274 • Aufarbeitung und Zerschlagung der rechten und rassistischen Umtriebe in Polizei und Justiz
- 1275 • AfD raus aus Neukölln!
- 1276 • Koloniale Vergangenheit in Neukölln sichtbar machen!

## 1277 **Für die Rechte von Schutz suchenden Menschen**

1278

1279 Weltweite Konflikte schlagen sich auch in Neukölln nieder. Militärische Auseinandersetzungen,  
1280 Rechtlosigkeit und Armut zerstören die Zivilgesellschaften in vielen Teilen der Welt und gefährden  
1281 Leben und Gesundheit. Viele Menschen sind daher gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um in  
1282 fremden Ländern Schutz vor Verfolgung, Terror und Not zu suchen. DIE LINKE. Neukölln lehnt  
1283 deutsche Kriegsbeteiligungen, Rüstungsexporte und die Ausbeutung der Ressourcen in Ländern  
1284 des globalen Südens durch multinationale Konzerne ab. Weiter setzt sich DIE LINKE. Neukölln für  
1285 die Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen in Neukölln ein. Wir kämpfen für den  
1286 Schutz, das Bleiberecht und die Teilhabe an der Gesellschaft für die ankommenden Menschen.  
1287 Dabei ist DIE LINKE. Neukölln Teil einer Bewegung von vielen Neuköllner\*innen, die bereit waren  
1288 und sind, sofort und ohne Zögern zu helfen. Das beinhaltet auch unserer Nein zu allen  
1289 Abschiebung und unsere Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams.

## 1290 **#leavenoonebehind – Neukölln hat Platz**

1291 Unzählige Geflüchtete müssen monatelang in Lagern an EU-Außengrenzen unter oftmals  
1292 unmenschlichen Bedingungen ausharren. Wir wollen, dass sich Berlin und Neukölln an der  
1293 Aufnahme von Geflüchteten aus diesen Lagern beteiligt.

1294 Die Unterbringung in Sammelunterkünften im ehemaligen Flughafen Tempelhof und in Turnhallen  
1295 war menschenunwürdig und konnte mit gesellschaftlichem Druck endlich beendet werden. Doch  
1296 hunderte Geflüchtete leben dauerhaft in Containern oder modularen Sammelunterkünften, wo die  
1297 Übernachtung von Partner\*innen oder nicht dort wohnenden Eheleuten verboten ist. Statt für  
1298 streng bewachte Massenunterkünfte setzt sich DIE LINKE. Neukölln dafür ein, dass Geflüchtete  
1299 von Anfang an selbstbestimmt in Wohnungen leben können. Allenfalls sind  
1300 Gemeinschaftsunterkünfte mit abgeschlossen Wohneinheiten vorübergehend akzeptabel.

1301 Massenunterkünfte wie im Tempelhofer Flughafen lehnen wir genauso ab, wie die Bebauung des  
1302 Tempelhofer Feldes mit weiteren Unterkünften für Geflüchtete. DIE LINKE. Neukölln lehnt den  
1303 Betrieb von sogenannten Flüchtlingsunterkünften durch profitorientierte Träger ab.

1304 DIE LINKE. Neukölln fordert die Entwicklung eines Konzepts zum Bau und Erhalt von sozialem  
1305 Wohnraum, in dem auch ein Kontingent für die Unterbringung von Geflüchteten erhalten ist. Das  
1306 muss einhergehen mit der Entwicklung der Infrastruktur, zum Beispiel in Bezug auf Kita- und  
1307 Schulplätze, die medizinische Versorgung und soziale Einrichtungen.

## 1308 **„Keine weitere Kriminalisierung von internationalen 1309 migrantischen Kämpfern**

1310 Auch in Neukölln werden Geflüchtete und ihre Nachkommen mit Repression und Gewalt

1311 konfrontiert, wenn sie Fluchtursachen wie Kriege, Waffenexporte und Besatzung anklagen.

1312 Internationaler Protest für Menschenrechte, wie die palästinensische Boykott, Desinvestitions und

1313 Sanktions (BDS)-Kampagne oder kurdische Kämpfe für Selbstbestimmung der Protest gegen den  
1314 deutschen Waffenexport an die Türkei, dürfen nicht weiter kriminalisiert werden.

## 1315 **Spracherwerb und gesellschaftliche Teilhabe**

1316 Die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen geschieht auch in Neukölln nicht von allein.  
1317 Der schnelle Zugang zu Bildung und Arbeit ist wesentlich für die Entwicklung von Selbstständigkeit  
1318 und Eigeninitiative. Deshalb müssen die Sprach- und Integrationskurse erweitert werden und für  
1319 alle Geflüchteten unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus kostenlos zugänglich sein.  
1320 Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen sofort Zugang zu Kitas, Schulen und den Angeboten  
1321 der Jugendhilfe erhalten.

## 1322 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1323 • Neukölln hat Platz! Neukölln soll sich an der Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern an EU-  
1324 Außengrenzen beteiligen. #leavenoonebehind
- 1325 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt Sammelunterkünften
- 1326 • Schnelle Integration sowie sofortiger Zugang zu Sprachkursen, Kitas und Schulen
- 1327 • Fluchtursachen bekämpfen! Kriege, Waffenexporte, Klimakrise, Armut und Kriegseinsätze  
1328 beenden!
- 1329 • Allgemeines Wahlrecht für alle hier dauerhaft Lebenden, wie Geduldete, EU-Staatler\*innen und  
1330 Nicht-EU-Staatler\*innen! Kein Mensch ist illegal!
- 1331 • Aufhebung des Besuchsverbots zwischen 22 und 6 Uhr in Massenunterkünften
- 1332 • Sicherer Aufenthaltsstatus statt Kettenduldungen

1333

## 1334 **Ausblick**

1335

1336 Liebe\*r Neuköllner\*in,

1337 mit dem Linken Programm für Neukölln macht DIE LINKE. Neukölln konkrete Vorschläge für die  
1338 Entwicklung in unserem Bezirk. DIE LINKE wird weiter die Widerstandskraft sein, auf die sich die  
1339 Menschen in der Politik verlassen können. Sie ist eine Partei für den Alltag und nicht nur für den  
1340 Wahltag. DIE LINKE tritt im Bund, im Land und im Bezirk für Lösungen ein, in denen die  
1341 Bedürfnisse der Menschen zählen, nicht mächtige Wirtschaftsinteressen. Das macht den  
1342 Unterschied. Sie spricht Ungerechtigkeiten und Missstände offen an und laden dazu ein, mit ihr  
1343 etwas dagegen zu unternehmen. 2021 werden der Bundestag, das Abgeordnetenhaus und die  
1344 Bezirksverordnetenversammlung erstmals gleichzeitig gewählt. DIE LINKE streitet auf allen  
1345 Ebenen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und ein friedliches Zusammenleben.

1346 DIE LINKE hat sich in der Bezirksverordnetenversammlung dafür eingesetzt, dass Neukölln  
1347 lebenswerter und sozial gerechter wird. DIE LINKE. Neukölln hat Druck gemacht gegen die  
1348 Schikanen durch das Jobcenter und gegen Lohndrückerei; Druck gemacht gegen eine Politik, die  
1349 unsere Schulen herunterkommen lässt. DIE LINKE. Neukölln ist aufgetreten gegen jeden  
1350 Rassismus und für die Rechte von geflüchteten Menschen. In den Diskussionen um das  
1351 Tempelhofer Feld stand sie stets an der Seite der engagierten Bürger\*innen, die sich für den Erhalt  
1352 des freien Felds eingesetzt und sich gegen Luxusbebauung und Bodenspekulation gewehrt haben.  
1353 Trotz der schwierigen Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung ist es  
1354 gelungen, gemeinsam mit den Mitgliedern der LINKEN und vielen engagierten Neuköllner\*innen  
1355 Erfolge für ein sozialeres Neukölln zu erzielen.

1356 Diese Arbeit wollen wir fortführen und ausbauen: Indem wir die Interessen der Neuköllner\*innen im  
1357 Parlament vertreten und außerhalb des Parlaments gemeinsam mit Initiativen und Bewegungen  
1358 Druck machen. Denn DIE LINKE ignoriert nicht, dass der politische Einfluss der Neuköllner  
1359 Bezirksverordnetenversammlung relativ gering ist: der vom Abgeordnetenhaus verabschiedete  
1360 Haushalt und die zu geringen finanziellen Mittel setzen ihr enge Grenzen. Unser Versprechen:  
1361 Auch zukünftig wird DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung nur Anträge unterstützen,  
1362 die die Lebenssituation der Menschen in Neukölln verbessert. Bei Privatisierungen,  
1363 Sozialkürzungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst macht sie nicht mit. DIE LINKE wird  
1364 dafür kämpfen, dass Privatisierungen, Stellenabbau und Sozialkürzungen der letzten Jahre wieder  
1365 rückgängig gemacht werden. Sie wird sich dafür einsetzen, dass berechtigte Anliegen der  
1366 Neuköllner\*innen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

1367 Eine verbindliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien wird DIE LINKE. Neukölln nur dann  
1368 eingehen, wenn sie einen grundsätzlichen Politikwechsel einleitet. Auch die Kooperation bei  
1369 herausgehobenen Entscheidungen wie der Wahl eine\*r Bürgermeister\*in muss diesem Ziel dienen.

1370 Bei den Wahlen zum Bundestag, zum Abgeordnetenhaus und zur  
1371 Bezirksverordnetenversammlung kommt es auf DIE LINKE an. DIE LINKE macht keine leeren  
1372 Wahlversprechen, die am Tag nach der Wahl vergessen sind. DIE LINKE wird auch nach der Wahl  
1373 in den Parlamenten und auf der Straße für die Verbesserung der Lebensverhältnisse streiten und  
1374 sieht dies als Teil des Kampfes für eine andere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung  
1375 an. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit das Maß aller Dinge ist, sondern  
1376 die Bedürfnisse der Menschen. Deshalb prüfen Sie bitte die Vorschläge der Partei DIE LINKE.  
1377 Melden Sie sich zu Wort. Machen Sie mit. Werden Sie Mitglied der Partei DIE LINKE. Wählen Sie  
1378 im September 2021 mit allen Stimmen DIE LINKE.